

Stadtarchiv Mannheim

Nachlaß

Hermann Heimerich

Zugang: 24/1972

126

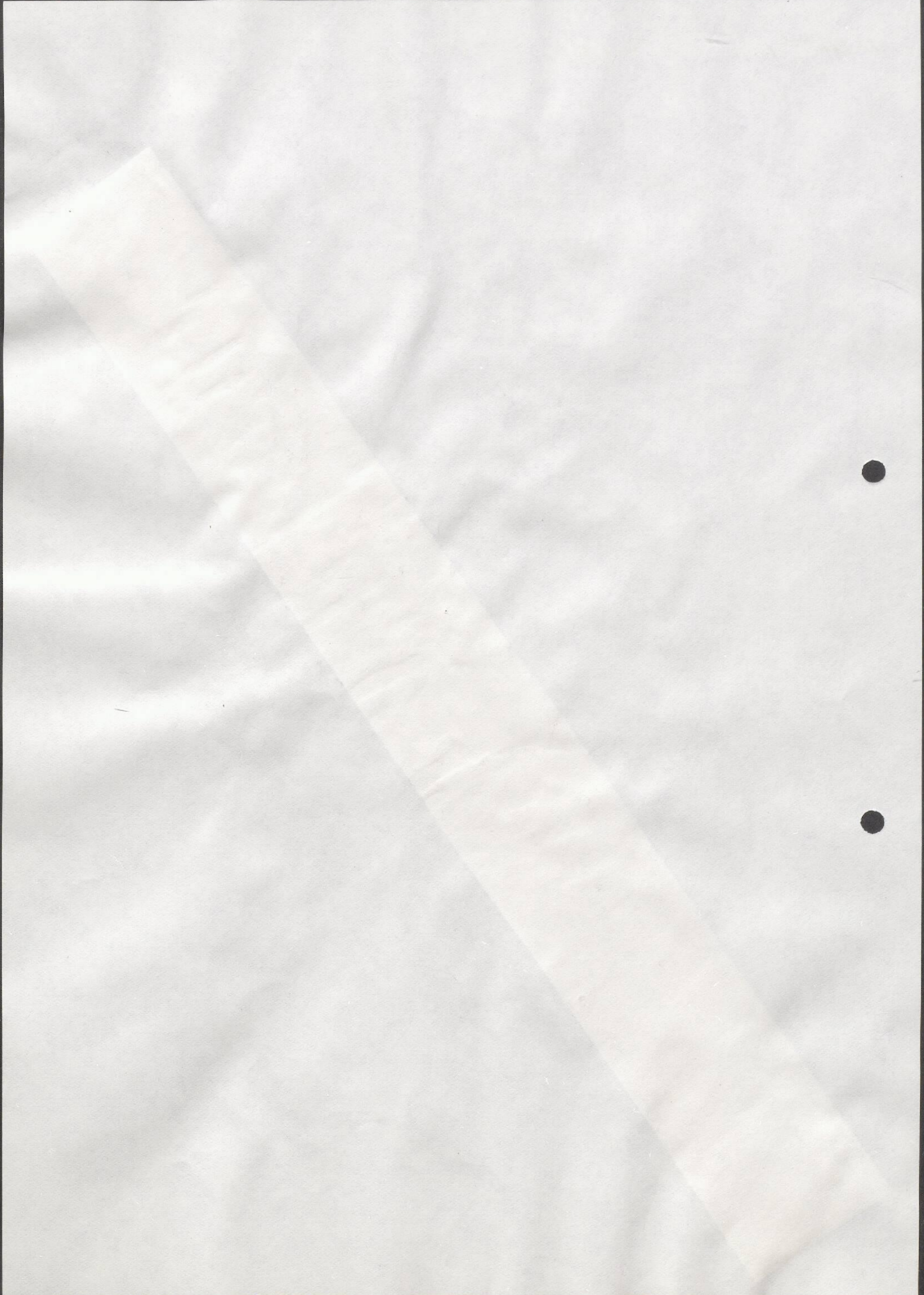
275

Erregte Spezialdebatte. — Vereinigte Gruppen, Zentrum und Sozialdemokraten führen durch Antrag ein vorzeitiges Ende der Debatte herbei. — Annahme des Stadietats unter Zustimmungen angenommen

Ueberraschendes Ende der Debatte

Zumutungen

Erregte Spezialdebatte. — Vereinigte Gruppen, Zentrum und Sozialdemokraten führen durch Antrag ein vorzeitiges Ende der Debatte herbei. — Annahme des Stadietats unter Zustimmungen angenommen



Abgefürzte Statkritis

Der Schluß der gestrigen Bürgerausschuß-Sitzung ging im Toben der Temperamente unter, und wir würden jetzt mit einiger Hilf- und Ratlosigkeit vor unseren Lesern stehen und nicht verraten können, was denn nun eigentlich mit dem viel umstrittenen Etat der Stadt Mannheim los ist, wenn nicht der Oberbürgermeister gewissermaßen noch geschlagener Schlacht die Presse zur Kritik zusammenberufen hätte. Ja, unsere Leser werden wohl etwas erstaunt sein, aber der 106 Millionen-Etat der Stadt Mannheim ist gestern abend um 10 Uhr unter dem Pfeifkonzert und den Pfut-Rufen der Kommunisten und Nationalsozialisten glücklich angenommen worden. Man kann wohl in mancher Beziehung sagen „glücklich“, denn, wer weiß, ob der Etat tatsächlich auch von den Mittelparteien so ungeschoren gelassen worden wäre, wenn nicht dieser Druck von Seiten der radikalen Parteien bestanden hätte. Ein Druck, der nicht nur in der Gefahr bestand, man werde überhaupt zu keinem Ende bei diesen Etatberatungen gelangen, sondern auch darin, daß Erörterungen gepflogen und Behauptungen aufgestellt wurden, die geeignet gewesen wären, das Ansehen der Stadt und der Stadtverwaltung zu untergraben.

Wenn man das, was sich gestern abend abgespielt hat, kritisch betrachten will, kann man nicht die Frage voranstellen: „Statkritis oder nicht?“ Jedenfalls kann es nicht bedeuten, daß man einer Statkritis ablehnend gegenübersteht, wenn man sagt, daß gestern nichts anderes übrig blieb als mit einem Gewaltakt die Spezialdebatten abzuschließen und den Etat zur Annahme zu bringen.

Man muß sich zunächst einmal über die unterschiedliche Auffassung von dem Zweck der Etatbera-

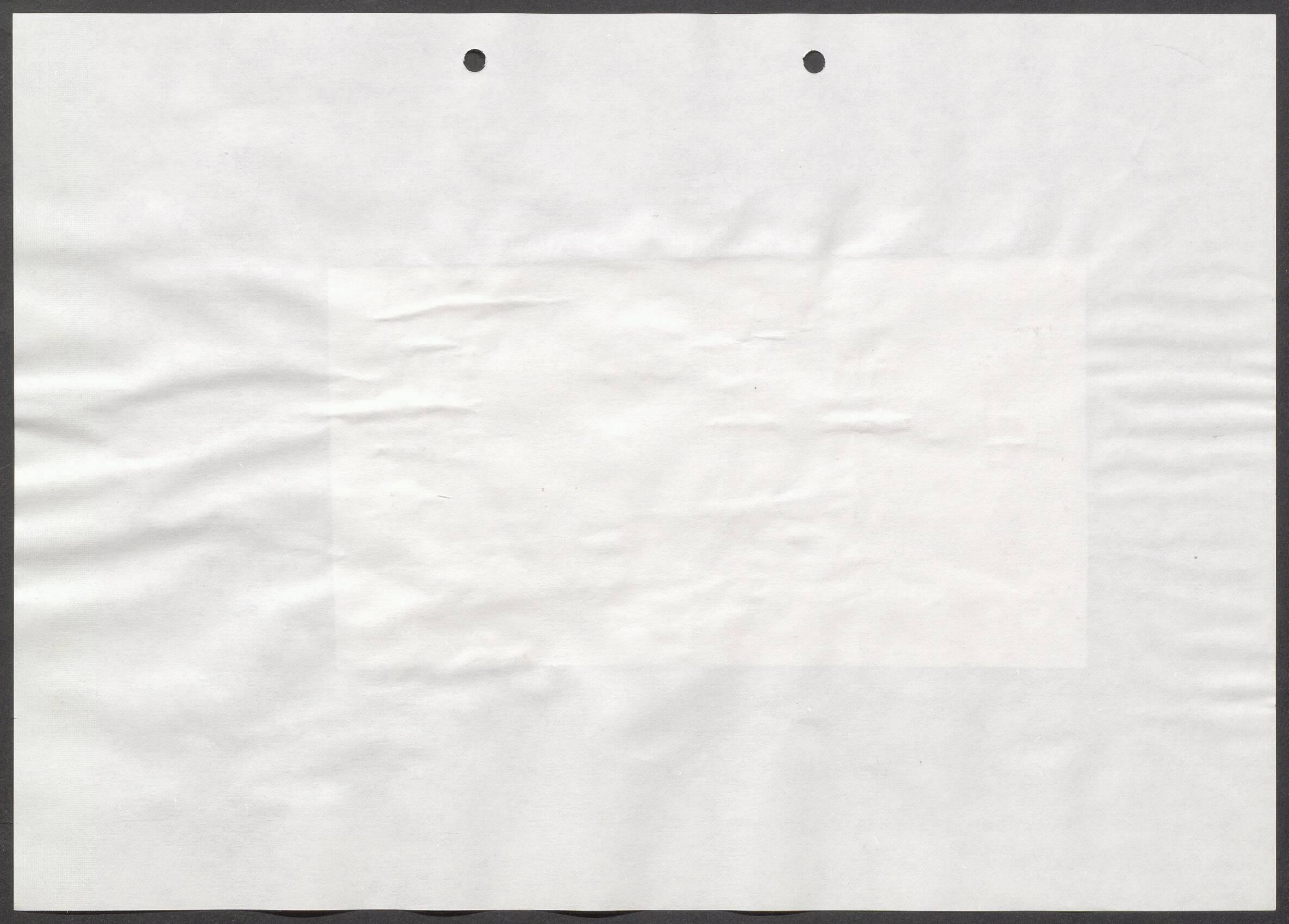
tung klar werden, der bei den verschiedenen Kontrahenten der gestrigen Auseinandersetzung bestand. Die radikalen Parteien hatten ganz offensichtlich die Absicht, namentlich die Nationalsozialisten, den Etat von vorne bis hinten kritisch durchzunehmen, und man wird ihnen bescheligen müssen, daß sie auf verschiedene schwache Stellen schon in diesen paar Stunden hinweisen konnten. Schwache Stellen in bezug auf die Etatgruppierung, ohne daß man von unehrlicher Absicht der Verwaltung dabei sprechen könnte. Der schwächste Punkt im Etat sind natürlich nach wie vor die städtischen Werke, und man könnte doch wohl endlich erwarten, daß im nächsten Etat ein Voranschlag der städtischen Werke erscheint, der als Ablieferung an die Stadt bezeichnet, was wirklich der Stadt und dem Gemeinwohl zugute kommt. Es merkt ja ohnehin jeder, der sich nur etwas damit befaßt. Und wenn die Stadt tatsächlich so niedrige Tarife hat, wie sie immer behauptet, hat sie ja schließlich auch keinen Grund, eine nicht ganz übersichtliche Rechnung aufzumachen.

Nun, man hielt also von dieser Seite eine ausführliche Statkritis für nützlich. Bei der Stadtverwaltung war man selbstverständlich anderer Ansicht und schließlich auch bei der Mehrheit des Stadtrates und Bürgerausschusses, denn, was über die eigentliche Statkritis hinaus an persönlichen Angriffen in die Debatte getragen wurde, war offensichtlich nicht dazu geeignet, das Ansehen der Stadt zu fördern. Entgegnungen, die sofort aus der Mitte des Bürgerausschusses heraus erfolgten, ließen diese persönlichen Angriffe als nicht gerade gut begründet erscheinen. Von einem Redner der

Mitte wurde dazu mit Recht bemerkt, daß Erörterungen über tatsächlich zumeist rein persönliche Angelegenheiten vor jedes andere Gremium, nur nicht vor den Bürgerausschuß gehörten. Dieser scharfe persönliche Ton führte denn auch zu den Ständiszenen, die letzten Endes das vorzeitige Ende der Etatberatungen und die beinahe vorzeitige Annahme des Etats veranlaßten.

Um das Bemühen des Oberbürgermeisters um einen möglichst schnellen und demokratischen und unparlamentarischen Schluß zu verstehen, wird man sich seinen ebenso gut begründeten Standpunkt vor Augen halten müssen, daß die Bewegungsfreiheit der Gemeinden soweit eingeeignet ist, daß große Debatten eigentlich überflüssig seien, da Etatveränderungen so gut wie ausgeschlossen sind. Aber es ist in der Tat schwer zu entscheiden, ob nicht der Opposition das Recht zur Statkritis zusteht, auch dann, wenn sie nicht fruchtbar ist. Man wird allerdings dem Oberbürgermeister das Recht zur weitgehenden Wahrung der Interessen der Gemeinde, wie er sie sieht, zugestehen müssen, da ja wohl auch aus diesem Grunde ihm der Vorsitz bei den Verhandlungen vorbehalten ist, zum grundlegenden Unterschied von den anderen Parlamenten, in denen Verwaltungsbeamte keine Rolle zu spielen haben.

Nun, abgesehen von all diesem, was jedenfalls heute noch nicht eindeutig zu entscheiden ist, wird man dem Oberbürgermeister zugestehen müssen, daß er eine meisterhafte Leistung persönlicher Regie fertiggebracht hat, namentlich in Anbetracht der Tatsache, daß kurz vorher noch aus der Mitte des Hauses drohende Worte der Kritik erklingen waren. Alles Lob! Nun kommt der Beweis, daß auch ohne den Bürgerausschuß ernsthafte Arbeit geleistet werden kann.
hg.



Die Spezialdebatte

Die Freilassung des Bürgerausschusses wurde vom Oberbürgermeister um 4.06 Uhr eröffnet mit der Feststellung, daß der Ausdruck „Lügner“, der in der Donnerstag-Sitzung von einem Sozialdemokraten gegenüber einem Nationalsozialisten gebraucht worden sein soll, dem Protokoll nach nicht gefallen sei. — (Stadttrat Feil, Nat.: Die Herrschaften sind eben zu feige, das zuzugeben. — Ordnungsruf.) Der Oberbürgermeister stellt im übrigen fest, daß

227 Anträge zum Etat

eingegangen sind, von denen jedoch nur 79 nach der Geschäftsordnung abstimmbare sind.

Die Entscheidung über die Abänderungsanträge wird bis zum Schluß der Spezialdebatte zurückgestellt.

Stadtverordneter Böhler (Komm.) fragt, was abstimmbare Anträge seien, da man sich in Zukunft danach richten werde. Oberbürgermeister Heimerich gibt ihm an Hand der Geschäftsordnung darüber genaue Aufklärung.

Zu Voranschlag 1 „Festland der Vorjahre“ liegen keine Voranmeldungen vor.

Zu Voranschlag 2-5

Hauptverwaltung, Ruhegehälter, Ruhehöhe, Förderung der Industrie, des Handels, sportlicher Veranstaltungen usw., Ehrungen, Feste usw. meldet sich zum Wort Stadtverordneter Rother (Nat.)

Er übt Kritik am Städtischen Nachrichtenamt, das doch nur eine Vorzensur durch den Oberbürgermeister darstelle. Ebenso unnötig sei das Materialamt. Der Verkehrsverein müsse auch in der Lage sein, sich selbst zu erhalten. Die „Lebendige Stadt“, die periodische Zeitschrift, sei ein unnötiger Aufwand. Der Posten Ehrungen und Feste könne um 20.000 Mark gekürzt werden. In der Frage der Personalpolitik beantragt der Redner eine Prüfung der Einstellung der höheren Beamten durch den Landeskommisär.

Stadttrat Dr. Orth (Nat.): Wir haben zu bemerken, daß wir schon vor geraumer Zeit die Kürzung von einer Reihe von Gehältern beantragt haben. Unsere Anträge wurden jedoch nicht zugelassen. Er richtet weiter Angriffe gegen den Leiter des Städtischen Nachrichtenamtes.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich weist die Vorwürfe gegen die Städtische Hauptverwaltung mit scharfen Worten zurück. (Stadttrat Orth: Ein Sozialdemokrat kann mich nicht beschreiben.) — Und gerade Sie sollten niemanden seine Jugend vorwer-

fen! — Es handelt sich hier in erster Linie um politische Angriffe und ich muß auch auf das entschuldigende zurückweisen, daß politische Gesichtspunkte die Stadt maßgebend gewesen sind. — Zuruf von sozialdemokratischer Seite: Ihr Duden! — Ordnungsruf.

Stadtverordneter Böhler (Komm.) beantragt die 40-Stunden-Woche für die Städtischen Werke. Von uns wurde der Antrag eingebracht, die Gehälter der Bürgermeister usw. auf 6000 Mark zu kürzen. — Zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten entspannt sich eine scharfe Auseinandersetzung, in deren Verlauf Stadttrat Lechleiter den Nationalsozialisten zuruft „Schwindler“. Er wird deshalb wiederholt zur Ordnung gerufen. Stv. Böhler glaubt feststellen zu können, daß der Oberbürgermeister, wenn man den Achtstundentag zugrundelegt, jährlich 21 Mark, Bürgermeister Walli 17 Mark und die Bürgermeister Böttger und Büchner je 11 Mark jährlich verdienen.

Stadtverordneter Schred (Komm.): Wir haben den Kasernenhof- und Offiziersklub, den der Oberbürgermeister hier anschlägt, gründlich satt. — Oberbürgermeister Heimerich: In diesem Ton in meiner Geschäftsführung bin ich durch Ihr Verhalten gezwungen worden. Von einem Offiziersklub kann übrigens keine Rede sein.

Stadttrat Dr. Orth: Sie haben kein Taktgefühl!

Stadtverordneter Haas (Staatspartei): Aus dem Munde Orths wirkt dieses Wort etwas sonderbar. Wir sind ebenfalls dafür eingetreten, daß die Stadtratsgehälter um 25 Prozent zu kürzen seien, denn eigentlich handelt es sich hier um ein Ehrenamt. Wir leben aber ein, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage niemand in der Lage sein würde, diese Ämter unentgeltlich zu versehen. Der Redner tritt im übrigen für Abträge bei den Positionen Reisekosten und Ehrungen ein. In dem Thema Sparsamkeit überhaupt bemerkt er, daß hierfür die 7000 Mark Telefonspeisen der Handelshochschule bezeichnend seien.

Stadttrat Schneid (Komm.) kommt wegen der Gehaltspolitik mit den Nationalsozialisten in eine scharfe Auseinandersetzung. Weiter erörtert er einen angeblichen Sarglieferungsandal.

Der Oberbürgermeister nimmt einen Ordnungsruf gegenüber dem Stadttrat Lechleiter zurück und erklärt im übrigen, daß die Redezeit, die ja durch einen Beschluß begrenzt sei, durch eine Stoppuhr kontrolliert würde.

Stadtverordneter Haas (DVP.) übt ebenfalls Kritik am Nachrichtenamt und meint, man warte noch heute vergeblich auf die große Veränderung, die in der Arbeit des Nachrichtenamtes vor-

sprochen sei, als seinerzeit die neue Kraft engagiert wurde. Er beantragte Aufhebung des Materialamtes. Das Beamtenwohnheim Wiedenfeld sollte so schnell wie möglich verkauft werden. Die „Lebendige Stadt“ wird ebenfalls von ihm kritisiert. Psychologisch sei es außerordentlich verkehrt, daß die Stadt nur für den Deutschen Automobilklub einen Beitrag leiste.

Stadtverordneter Ammann (Ev. Volksp.) beantragt die 40-Stunden-Woche für die Städtischen Betriebe. Einen restlosen Lohnausgleich könne man aber nicht verlangen. Wer das tue, betreibe reine Agitation. Die Einstellung der höheren Beamten müsse auf jeden Fall nachgeprüft werden.

Stadtverordneter Steeger (Ev. Volksp.): Wir haben schon früher den Antrag gestellt, daß die Bürgermeister und höheren Beamten ihre Gehälter freiwillig kürzen, was jedoch nicht geschehen ist. (Komm. Zuruf: Euer frommer Kinderland!) Es muß also eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werden. Wir beantragen im übrigen eine 20prozentige Herabsetzung der Stadtratsgehälter.

Stadtverordneter Fischer (Soz.) polemisiert gegen die Anträge der Nationalsozialisten. Es kommt zu verschiedenen scharfen Auseinandersetzungen mit Kommunisten und Nationalsozialisten und der Oberbürgermeister muß darauf hinweisen,

daß ein wie beschämendes Bild der Bürgerarbeit bei dieser Arbeit, die keine Arbeit sei, biete.

Stv. Ruhn (S.): Es würde eine wesentliche Entlastung des Mannheimer Arbeitsmarktes bedeuten, wenn die Elektrifizierung der Rheinalbahn durchgeführt werden könnte. Das Zentrum hat zur Durchführung dieses Projektes alles getan, was getan werden konnte. Es ist aber besonders Herr Dr. Dörpmüller, der hier scharfen Widerstand entgegensetzt.

Stv. Fehrmann (NS.) bemerkt, daß die beiden Stenografen ohne Ablösung stundenlang arbeiteten. Er beantragt, daß für Ablösung Sorge getragen werde.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich: Die beiden Stenografen sind vom übrigen Dienst vollständig befreit und es ist gefordert, daß sie nicht überlastet werden. Den Antrag des Stv. Fehrmann lehnt der Vorsitzende ab.

Stv. Jüngst (S.): Die kommunistischen Anträge sind reine Agitationsanträge. In kommunistischen Betrieben kamen Lohnkürzungen bis auf 10 Mark Lohn die Woche vor. (Lärm und Widerspruch bei der kommunistischen Gruppe. Stv. Böhler: Was wir in unserer Partei machen, geht Sie ein Sch... an. (Heiterkeit und Lärm.) Oberbürgermeister Dr. Heimerich rügt den Ausdruck des Stv. Böhler. Zuruf von Stv. Lechleiter: Im Bezirksamt hat der Jünat nichts mehr zu melden, jetzt kommt er in den Bürgerausschub.)

Stv. Waldeck (Sp.): Das Finanzkollegium im Landtag ist den Städten und insbesondere Mannheim nicht akustisch gesinnt. Die politische Haltung der Zentrumspartei habe ich nicht damit in Zusammenhang gebracht. Aus meinen Ausführungen konnte das nicht entnommen werden.

Bürgermeister Büchner: Das Materialamt war früher ein Anhängsel des Rechnungsamtes, 1914 wurde es ausgebaut. Es wurde einverleibt im Interesse eines billigen Einkaufs der Materialien und zur Verteilung der Aufträge an die Handwerker. Der tatsächliche Umsatz des Materialamtes belief sich im letzten Jahr auf etwa eine Million Mark, wobei 600 Sorten Waren in Frage kamen. Man sollte die Unterhaltung des Materialamtes sehr vermindern.

Beigeordneter Dr. Keller tritt dem Vorwurf entgegen, daß dem Handwerk zu rasch bezeugt worden sei.

Stv. Schneider (Wirtsch. Paa.) beantragt einen kleinen Abstrich beim Wohnungsamt und hält das Wohnungsamt insoweit der veränderten Verhältnisse nicht mehr für daselbstberechtigt. Eine weitere Auflockerung der Zwangsverwaltung müsse kommen. Die Beamten des Wohnungsamtes kosten 80.000 M. jährlich, bei 18 Beamten also der einzelne Beamte etwa 6000 Mark, ein Aufwand, der bei der Abnahme der Zahl der Wohnungssuchenden bestimmt eingespart werden könne, zumal da durch das Zusage verbot größere Wohnungen gar nicht mehr vermittelt werden könnten. Die weitere Grenze der dem Mieterkreis unterstehenden Wohnungen sollte von 2100 auf 2700 Mark erhöht werden.

Stv. Dr. Orth (NS.) erklärt, er sei kein Beamtenfeind; er sei selbst Beamtenlohn. Ihm sei es um den Kampf gegen Korruption zu tun, gegen die Erlangung von Stellen auf Grund politischer Beziehungen. Bei der Steuerbehörde würde der Steuerzahler von den höheren Beamten wie ein Mensch minderer Geltung behandelt. Als der Redner sich dem Vorschlag zuwendet und gegen den Plan der 40-Stunden-Woche angeht, ruft ihn der Oberbürgermeister zur Sache oder er entziehe ihm das Wort. (Zuruf aus nationalsozialistischem Lager: O la la!)

Stv. Dr. Orth (fortfahrend): Wir werden den Etat in Hauch und Haagen ablehnen. In dem sechsprozentigen Abzug meint er, bei den großen Gehältern mache das freilich nicht viel aus, aber die Empfänger von 140 und 150 Mark Monatsgehalt empfinden den Abzug sehr schmerzhaft. Der Redner schließt mit den Worten: Der ganze Etat dient der Verschönerung dieser Mißwirtschaft.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich: Jetzt hört's aber auf. Ich entziehe Ihnen das Wort. (Nationalistische Zurufe: Weiterreden!)

Stv. Rehsfeld (S.) empfiehlt den Nationalsozialisten, in ihren Reihen eine Reinigung vorzunehmen, womit er

Barren Lärm und Rufe hervorruft. Stv. Seufert (NS.) erhält einen Ordnungsruf.

Stv. Schneider macht darauf aufmerksam, daß in Mannheim eine ganze Anzahl großer Wohnungen leer steht, eine eigentliche Wohnungsnot sei nicht mehr vorhanden. (Zurufe: Ich nicht wahr! Spielengärten!)

Stv. Rehsfeld (S.) (fortfahrend) wendet sich gegen eine Forderung der Finanzwirtschaft. Die Ertragssteuern der Gebäudebesitzer müssen der Wohnungsfürsorge restlos zugeführt werden. Billige Wohnungen können nur mit öffentlichen Mitteln errichtet werden.

Erster Bürgermeister Dr. Walli, der vorübergehend den Vorsitz übernommen hat, bemerkt, daß dieser Art der Verhandlungen das Interesse der Bürgerschaft ganz übergehe.

Stv. Waldeck (Sp.) meint, daß das Wohnungsamt heute nicht mehr so notwendig sei, da der Wohnungsmarkt nicht mehr so umfangreich sei wie früher, weshalb der für das Wohnungsamt vorgesehene Betrag gekürzt werden könne. Die Erhebung von 10 Mark für einen Mietvertrag durch das Wohnungsamt sei jedenfalls unangebracht. Es sei eine Amtshandlung, zu der das Amt verpflichtet sei.

Stv. Schneid (S.) fordert Abschaffung der Geschäftsgebühren beim Standesamt, die viele mittellose Paare abhalte, sich vor dem Standesamt trauen zu lassen. Den Stv. Schneider macht der Redner darauf aufmerksam, daß viele Hausbesitzer um die Zwangsverwaltung trotz dem könnten, sonst könnten sie sehen, wo ihre Mieter blieben. Einen Zuschuß für den Umbau großer Wohnungen beantragte er, das müßten die Hauseigentümer mit eigenen Mitteln bestreiten. Es sei eben ein Unsinn gewesen, so große Wohnungen zu bauen. Sie seien

gegen eine Beilegung des Wohnungsamtes, sie verlangten sogar, daß es erweitert und sämtliche Wohnungen ihm zur Verfügung gestellt werden. Der Redner schließt: Herunter mit der Arbeitszeit, hinein in die Betriebe, damit die Arbeiter wieder konsumkräftig werden.

Bürgermeister Büchner: Von 18 Stellen sind beim Wohnungsamt nur 9 besetzt. Lassen Sie das Wohnungsamt auf natürlichem Wege sterben. Für die Behandlung der Gesuche wegen Befreiung von der Gebäudebesitzersteuer und der Darlehensgebühren brauchen wir noch das Amt, aber seine Zeit wird bald kommen.

Beigeordneter Dr. Keller stellt fest, daß beim Wohnungsamt kein Beamter der Klassen 13, 12 und 11 angestellt sei, sondern nur Beamte niedrigerer Stufen.

Es folgt der Titel

Polizeikosten

Stv. Rother (NS.) meint, ganz ohne Polizei könne man nicht auskommen, wenn er auch wegen der Intermezis mit dem Gummiknüttel Klagen hat.

Stv. Postel (S.) übt Kritik an der Polizei als einer Schutztruppe der Sozialdemokratie. (Zuruf: Genau wie in Rußland! Stv. Böhler ruft: Ihr gehört nach Sibirien!) Der Vorsitzende ruft einen Zwischenruf zur Ordnung.

Stv. Postel (fortfahrend): Trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen werde die revolutionäre Arbeiterbewegung den Sieg davontragen. (Beifall bei den Kommunisten.) Er empfiehlt die Streichung des Postens von 419.000 Mark; an die Stelle der Gummiknüttel seien Kinderbeisung zu setzen. Als der Redner an die Angehörigen der Sozialdemokratie empfohlen härteren Mittel der Polizei und an Rasse erinnert, wird er vom Vorsitzenden zur Sache gerufen. Er ironisiert weiter die „Lebendige Stadt“, führt die Stellungnahme der Polizei gegenüber dem Streik der Rotstandarbeiter als Beweis für die unmarrichtliche Denkart der Sozialdemokratie an, um zum Schluß zu erklären, daß sie kein Interesse an der Erhaltung dieses Staats hätten, dessen Fortdauer auf dem schnellsten Wege herbeiführt werden müsse.

Stv. Ammann vom Ev. Volksp. Dienst begründet den Antrag seiner Gruppe, den Betrag von 10.600 Mark Mietanteil um 3000 Mark zu kürzen.

Stv. Jünat (S.): Die Polizei sei ein notwendiges Übel, sie sei aber noch notwendiger geworden seit den Aufmärschen der Kommunisten und ihrer Kollegen. Leider seien die Leibtragenden immer nur die Arbeiter, die Führer der Kommunisten verstanden es immer, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. (Ungeheurer Lärm bei den Kommunisten. Zurufe: Die Kommunisten wandel, Schred und Dahn werden wegen des Ausrufs Lärm zur Ordnung gerufen. Darauf erwidert Jahn, es sei eine Lumperei.)

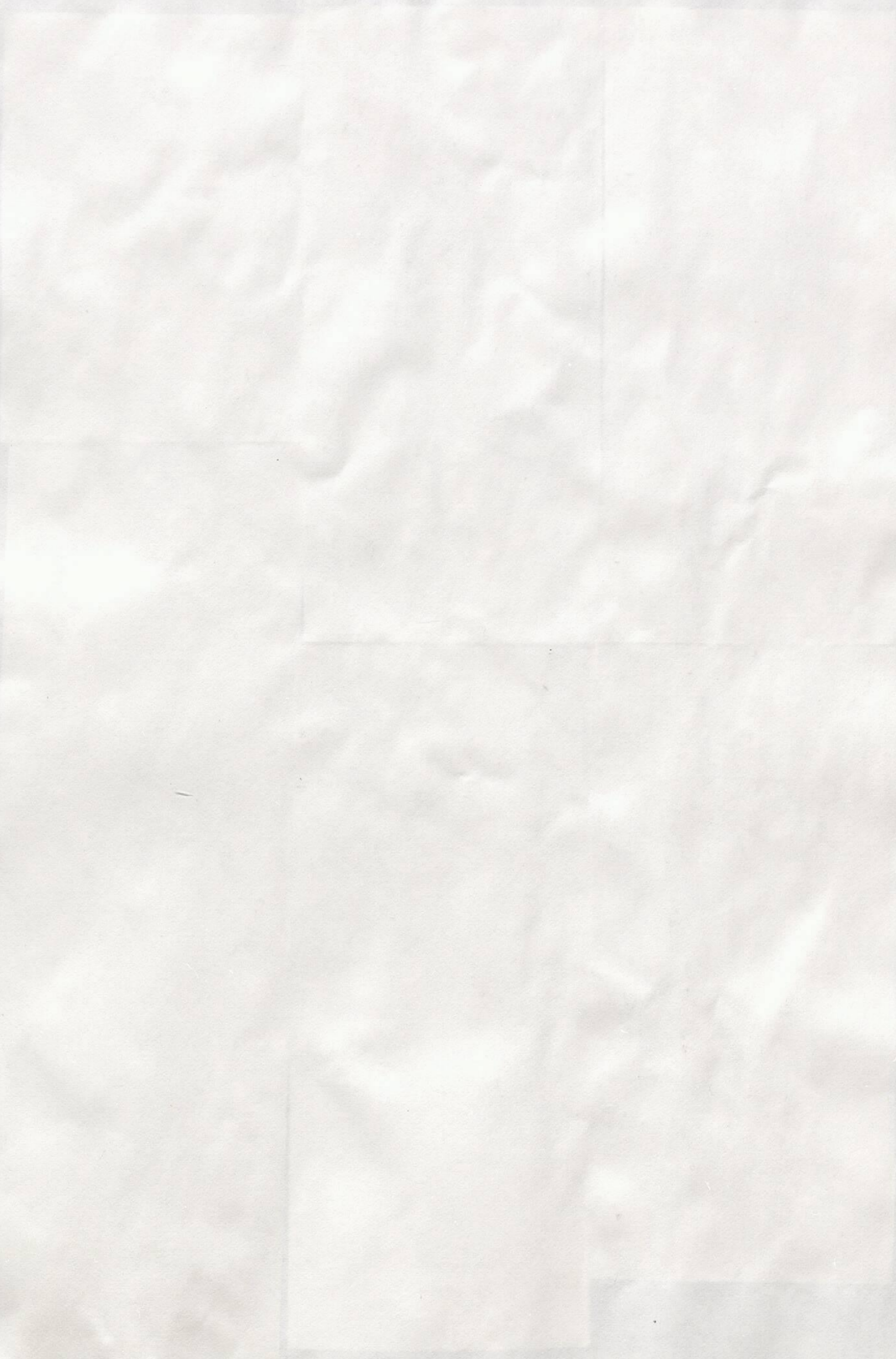
Oberbürgermeister Dr. Heimerich: Herr Stadtverordneter Jahn, ich schließe Sie von der Sitzung aus. — Die Sitzung ist unterbrochen. Der Saal leert sich.

Der Ausgewiesene hat es aber gar nicht eilig, den Saal zu verlassen. Er bleibt inmitten einer Gruppe seiner Parteigenossen stehen, bis der Oberbürgermeister in den Saal zurückkehrt. Dann erst tritt er auf den Gang.

Sofort nach Wiedereröffnung der Sitzung verlangt Stv. Wandel das Wort zur Geschäftsordnung. Unsere Fraktion fordert die sofortige Entschädigung des Bürgerausschusses über die Rechtsmängel der Maßnahme des Oberbürgermeisters.

Der Vorsitzende erklärt, der Ausschluß sei deshalb ausgesprochen worden, weil der Stadtverordnete Jahn

nach drei Ordnungsrufen wegen des Ausbruchs Lärm den verhängenden Ausdruck Lumperei ausgesprochen



Stv.

Stv. Schred verweist auf die Schwere der Beleidigung durch den Stv. Jung. Der Ausschluß sei wegen des Ausdrucks Pumper ausgesprochen worden.

Der Vorsitzende stellt nochmals fest, daß der Ausdruck Pumper dem Fahn den Boden ausgehoben habe.

Während dieser Auseinandersetzung erhebt sich der sozialdemokratische Stadtverordnete Weinbrecht: Herr Oberbürgermeister, sagen Sie doch den Herr da auf der Galerie aus dem Saal, er benimmt sich in der herausfordernden Weise.

(Stürmische Widerrede der Kommunisten: Wer ist ein Herr? Unerhört! Nur langsam verebbt der Tumult.)

Denn wird abgestimmt, ob der Bürgerausschuß die Maßnahme des Vorsitzenden gegen

den Stadtverordneten Sohn für annehmlich hält oder nicht.

Mit 60 gegen 11 Stimmen wird der Ausschluß gebilligt.

Stv. Kehrman (Nat.-Soz.) gibt eine Erklärung über die Stimmhaltung seiner Gruppe. Die Nationalsozialisten wollten sich in den Streit im Hause der marxistischen Gruppen nicht einmischen, aber sagen müsse er, daß ihm die Arbeiterführer hinter ihm (die Kommunisten) tonischer als die Sozialdemokraten.

Der Vorsitzende räumt die beleidigende Form der Erklärung und erteilt dem Stv. Kettlinger (Z.) wegen eines Zwischenrufs einen Ordnungsruf. Außerdem erhält der Sozialdemokrat Baumann einen Ordnungsruf, weil er gegenüber den Nationalsozialisten den Ausdruck "Schwerenichtsler" gebrauchte.

Stv. Dr. Moeckel (Z.) richtet die Aufforderung an die radikalen Parteien, sich an die Sache zu halten, sonst würde man sich gezwungen sehen, den Antrag auf Schluß der Debatte zu stellen und damit würde keinerlei Arbeit am Etat mehr möglich sein.

Stv. Dr. Orth (Nat.) meint, es sei eritaunlich, daß die Ausdrücke Jude und Judentum als Beleidigung angesehen würden. — Auf eine Bemerkung des Oberbürgermeisters erwidert Dr. Orth, daß er mit Juden und Sozialdemokraten nicht über Anstandsgelühl debattiere.

Stv. Herkel (Soz.): Es gibt hier keine Juden, sondern nur Mannheimer Bürger.

Stv. Jung (Soz.): Wir sind auch gegenüber den Polizeiorganen nicht ohne Beschwerde. Es ist das vielleicht der Einfluß oberer Organe. Auf den Polizeistat sind wir ohne Einfluß.

Oberbürgermeister Heimerich: Ich glaube, wir können mit der Mannheimer Polizei zufrieden sein.

Zum

Voranschlag 11 „Hochbauamt“

spricht Stv. Dr. Orth (Nat.): Er übt hier besonders schwere Kritik am Personal- und Gehaltsetat. Es sei hier eine genaue Untersuchung notwendig, namentlich in Anbetracht des rätselhaft hohen Durchschnittsgehaltes. Der beantragte Abbau der Nebenbezüge sei abgelehnt worden. Er übt dann Kritik an der Einstufung und Beförderung verschiedener Beamter des Hochbauamtes.

Stadtrat Dr. Schmechel (Evgl. Volksdienst): Trotz unserer Kritik an der Personalpolitik lehnen wir es ab, uns mit diesen persönlichen Angriffen zu identifizieren.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich: Was hier von Herrn Stadtrat Dr. Orth angeführt worden ist, ist alles unrichtig. Wir halten es für unter unserer Würde auf solche persönlichen Angriffe einzugehen.

Stv. Dr. Moeckel (Z.) geht auf verschiedene Spezialfragen, u. a. die Frage der Einbahnstraßen ein.

Zwischen dem Oberbürgermeister und den Nationalsozialisten entspinnt sich

eine scharfe Auseinandersetzung, in deren Verlauf behauptet wird, der Oberbürgermeister habe nicht das Recht in seiner Rolle als Vorsitzender einen persönlichen Standpunkt einzunehmen. Es sollte jetzt der Versuch gemacht werden, den Beweis zu erbringen, daß es bei der Stadt Parteibuchbeamte gibt, aber dieser Beweis solle verhindert werden.

Stadtrat Rober (Komm.) übt ebenfalls eingehende Kritik am Hochbauamt. Aenderung monarchistischer Straßennamen sei notwendig. Betrübt sei, daß für die Neuherstellung von Straßen überhaupt keine Mittel bewilligt seien. Er forderte die endliche Beseitigung der Spielengärten.

Stv. Boiz (Soz.) meint, daß in den Augen der Nationalsozialisten nur Sozialdemokraten Parteibuchbeamte sein könnten, hingegen nicht ihre eigenen Anhänger. — Er übt im übrigen Kritik an der Vernachlässigung der Vororte. Es geschehe a. B. wenig zur Bekämpfung der Staubplage.

Stv. Perren (Dn.) weist Vorwürfe, die von nationalsozialistischer Seite gegen einen oberen Beamten des Hochbauamtes erhoben werden, entschieden zurück.

Stv. Müller (Komm.) macht über den Streik der Notstandsarbeiter längere Ausführungen. Bei hiesigen Firmen, die Notstandsarbeiten im Auftrage der Stadt ausführen, herrsche, wie bei dieser selbst das größte Anreizversätem.

Stv. Ludwig Haas (Dn.) ist ebenfalls der Ansicht, daß manche städtische Beamte, wenn auch auf geistlichem Wege, zu hoch eingestuft seien. Er warne aber davor, so ohne weiteres an die Grundrechte der Beamten zu rühren. (Nat.: Wir denken nicht daran.) Denn sonst würde man das ganze Berufsbeamtentum untergraben. Zur Erörterung über solche Fragen seien andere Gremien da. Stv. Haas kritisiert auch andere Etatpunkte, wie den städtischen Kraftwagenpark.

Voranschlag 11-17 sind damit erledigt.

Stv. Böhler (Komm.) stellt Antrag auf Beratung.

Die Nationalsozialisten unterstützen diesen Antrag.

Stv. Obmann Dreifuß ist für Weiterberatung.

Eine Abstimmung ergibt, daß man weiterberaten will.

Es stehen jetzt zur Beratung

Voranschlag 18-20 (Städtische Werke).

Stv. Dr. Orth (Nat.-Soz.) übt eingehende Kritik an dem Etat der städtischen Werke, der vor allem zu unübersichtlich sei. Unverantwortlich sei es, daß man trotz der Arbeitslosigkeit vieler deutscher Bergarbeiter einen erheblichen Teil englischer Kohle verbräuche. Er sei der Ansicht, daß 90 Prozent der städtischen Angestellten ehrliche, fleißige und anständige Menschen seien, dennoch sei es auch hier notwendig, die Personalpolitik unter die Lupe zu nehmen. Der Redner ging dann an Hand eines besonderen Beispiels auf die Tarifpolitik des Elektrizitätswerkes ein. Es sei sonderbar, daß der Straßenbahn die Kilowattstunde mit 9 J angerechnet werde, während ihm bekannt sei, daß ein großes Werk, das aber noch nicht den Verbrauch der Straßenbahn habe, 3,1-3,6 J bezahlen müsse. Es bestehe also auch hier, das Bestreben, den Etat zu verschleiern. Auch die Straßenunterhaltungskosten, die das Elektrizitätswerk aufzubringen habe, seien viel zu hoch.

Stv. Dengler (Komm.) übt Kritik an den Städtischen Werken und ihren Tarifen. Er verlangt auch hier 40-Stundenarbeit mit Pohnausgleich.

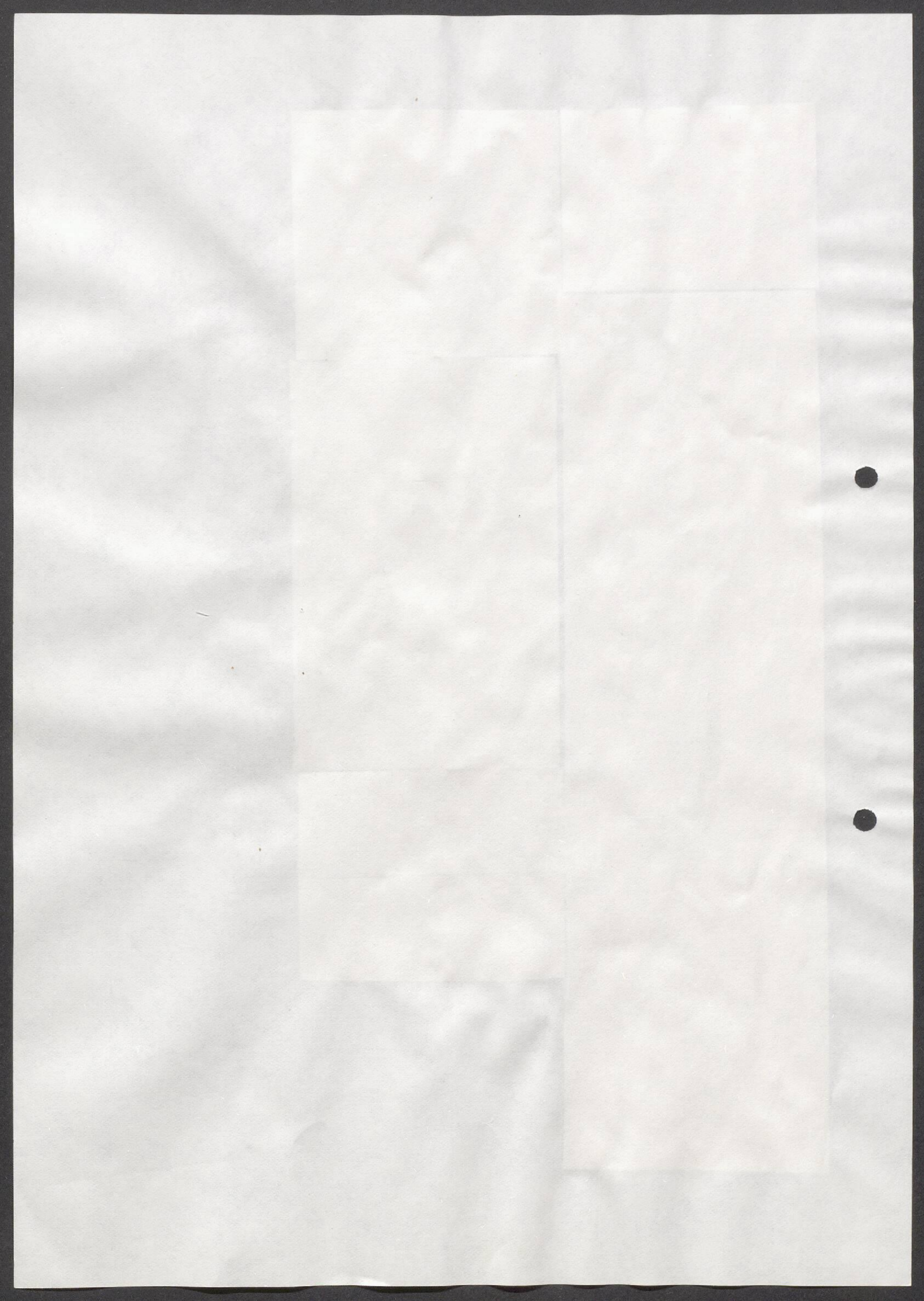
Stv. Wilhelm Thelen (Ztr.) tritt entschieden für Erhaltung der Werke bei der Stadt ein und verlangt mit Nachdruck, daß das Gaswerk nur deutsche Kohle verbräuche. Es sei bedauerlich, daß kein Abbau der Tarife möglich sei, denn von hier aus hätte die Frage des Preis- und Lohnabbaues im günstigen Sinne gelöst werden können. Er verlangt von der Stadt, daß die Verwaltung im ganzen ernstlich nachgeprüft werde. Mit den rigorosen Gasabstellungen gegenüber zahlungsunfähigen Gasverbrauchern müsse Schluss gemacht werden. Es sei auch ein anderes Austreten der höheren Beamten zu wünschen. Er sei wohl im ganzen für Annahme des Etats, um die Verwaltung der Stadt nicht zu gefährden, aber es müsse eine Warnungstafel aufgerichtet werden, eine vorsichtige Finanzpolitik zu betreiben.

Stv. Weinbrecht (Z.) beschwert sich darüber, daß die Einwohner Ballnabts 20 J für Gas bezahlen müssen. Außerdem sei dort der Gasdruck zu gering. Er übt auch Kritik an der Stromverteilung. Die Tarife seien allerdings relativ erträglich.

Stv. Kettlinger (Soz.) geht auf verschiedene persönliche Angriffe der Nationalsozialisten ein und wirft ihnen selbst unsoziales Verhalten in verschiedenen Fällen vor, worauf erregte Protestrufe von dieser Seite erfolgen.

Stv. Wandel (K.) beantragt nochmals Beratung. Der Antrag wird jedoch abgelehnt.

Die Stadtverordneten Seufert und Dr. Orth (Nat.) nehmen nunmehr unter starker Erregung ihrer Fraktion zu den persönlichen Angriffen gegen sie Stellung. Es erfolgen Rufe: "Pumper", "Gaunerhoxen". — Stv. Kehrman (Nat.) ruft: "Die Sonnenogel soll endlich mal die Schnauze halten." Bürgermeister Dr. Balli hatte bis dahin die Verhandlungen geleitet.



Der überraschende Schluß

Oberbürgermeister Dr. Heimerich erscheint wieder mit den Führern einzelner Fraktionen im Saal und verliest folgenden

Antrag zur Geschäftsordnung

unter unheimlichem Lärm des Hauses, der von den Vereinten Gruppen, den Sozialdemokraten und dem Zentrum, gestellt ist:

Es wird beantragt, daß die restlichen Voranschläge Nr. 21 einschließlich Voranschlag 75 und Voranschlag 8 und die Punkte der Tagesordnung:

Nr. 8: Zuschuß an den Badischen Rennverein,

Nr. 9: Gebührentarif für den Schlacht- und Viehhof,

Nr. 10: Festsetzung der Gebühren für die Benutzung der Kanäle der Müllabfuhr und Straßenreinigungsanstalt,

sofort und zugleich aufgerufen werden und daß die Debatte geschlossen wird.

Begründung:

Die antragstellenden Parteien sind der Ueberzeugung, daß nach dem bisherigen Verlauf der Budgetberatung, insbesondere bei der außerordentlichen Unruhe und den unerhörten Beschimpfungen von Mitgliedern des Bürgerausschusses eine erspriechliche Verhandlung nicht mehr möglich ist und haben sich aus diesem Grunde im Interesse des Ansehens der Stadt und der Selbstverwaltung an diesem Antrag entschlossen.

Der Lärm steigert sich zu ohrenbetäubendem Skandal, Rufe wie: Schiebung, Pfui, Pfeifen Stühleklappern.

Stv. Dr. Ort: Das bedeutet eine ungeheure Anhebelung des Stadtparlamentes. Darin drückt sich die Furcht vor der Öffentlichkeit aus. Wir sind keine Statisten, wir wollen Stellung nehmen.

Die Stv. Schred und Recheiter wollen zur Geschäftsordnung sprechen, sie können sich aber in dem ungeheuren Lärm nicht durchsetzen; der Oberbürgermeister wünscht auch erst den Antrag zu begründen. Weiterer ungeheurer Lärm, Hüllrufe. Die Nationalsozialisten stimmen stehend Kampflieder an. Nachdem der Oberbürgermeister die Begründung, ohne daß man sie auf der Tribüne verstehen konnte, verlesen hatte, wurde zur Abstimmung geschritten. Der Antrag auf Schluß der Debatte wurde mit großer Mehrheit

gegen Nationalsozialisten, Kommunisten und Ev. Volksdienst angenommen.

Die Erregung steigert sich namentlich bei verschiedenen Abgeordneten der Kommunistischen Partei fast zu Ausschreitungen. Es soll von dieser Seite sogar mit harten Gegenständen geworfen worden sein.

Gefangensübungen wechselten ab mit Rufen, wie Schiebung, Hohnwirtschaft usw.

Sowie der Oberbürgermeister versucht, das Wort zu ergreifen, steigert sich der Lärm so, daß nichts zu verstehen ist. Schließlich schreitet man

unter dem Tönen des Hauses zur Abstimmung über den folgenden Antrag, der ebenfalls vom Zentrum, den Sozialdemokraten und den Vereinigten Gruppen eingebracht worden ist:

Es wird beantragt, den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931 mit dem Stadtratbeschlusse vom 20. März 1931 mit der Maßgabe anzunehmen, daß damit alle hierzu gestellten Anträge als erledigt gelten. Zugleich wird beantragt, die stadtträchtlichen Vorlagen Nr. 8 vom 4. Februar 1931, Nr. 9 vom 22. Januar und 27. März 1931 und Nr. 10 vom 27. März 1931 unter Ablehnung der hierzu gestellten Anträge zu genehmigen.

Auch dieser Antrag wird gegen die Stimmen des Evangelischen Volksdienstes, der Nationalsozialisten und Kommunisten

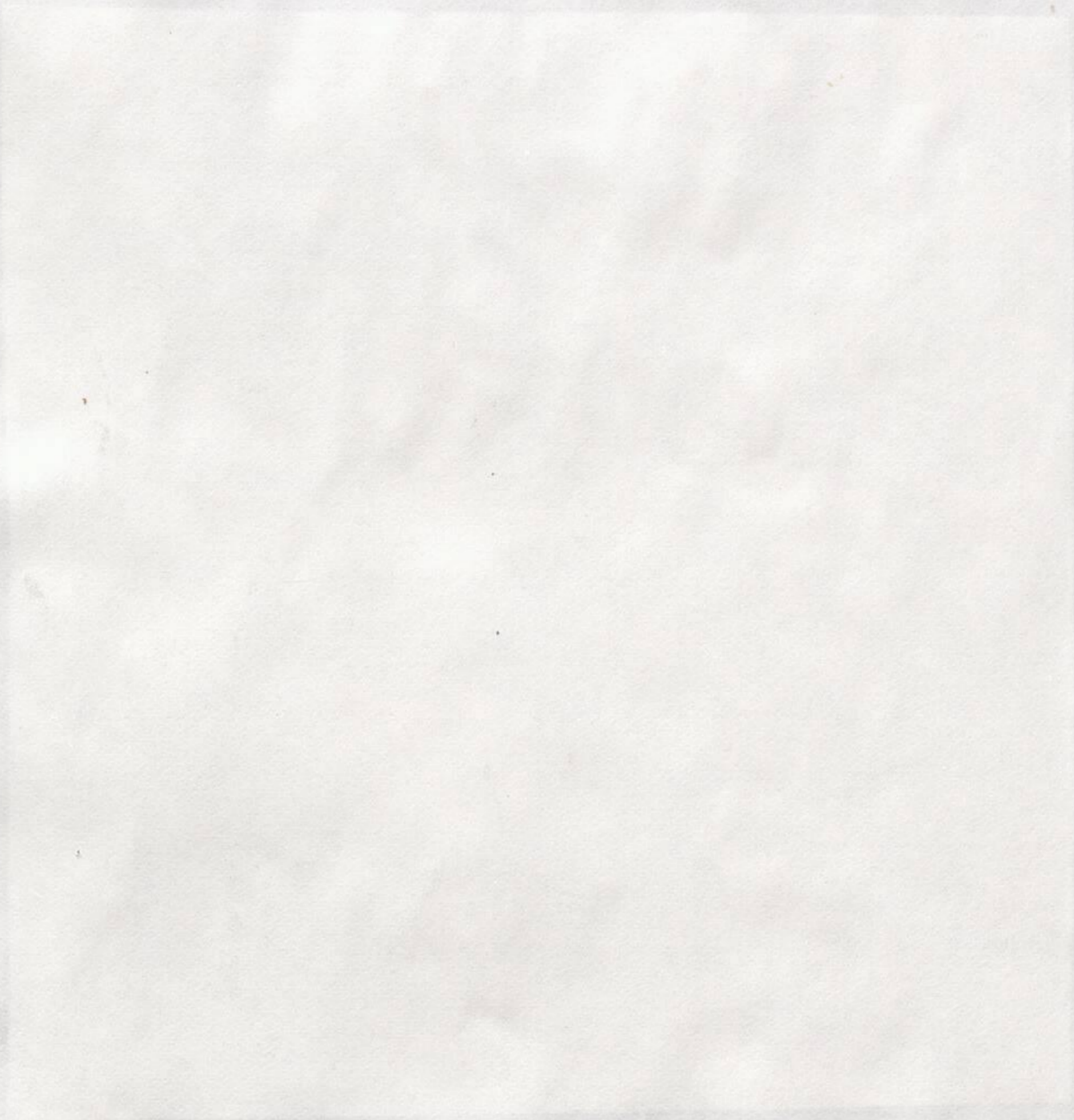
angenommen

Um 110 Uhr ist die Sitzung beendet und der Etat genehmigt.

In einer anschließenden

Pressebesprechung

teilte der Oberbürgermeister mit, daß die antragstellenden Fraktionen, die Verein. Gruppen, das Zentrum und die Sozialdemokraten, angesichts der Vorgänge, wie sie sich im Bürgerausschuß abgespielt hätten, vor der Notwendigkeit gesehen hätten, diesen Ausweg zu suchen. Es sei eine Situation gewesen, die auch sachlich nicht mehr tragbar gewesen wäre. Von einer Achtung vor der Persönlichkeit und demokratischen Grundfragen sei nicht mehr die Rede gewesen. In Anbetracht dieser Verhältnisse habe man verschiedene Bedenken gegen den Etat zurückgestellt, und er versichere, daß von Seiten der Verwaltung alles geschehen werde, um dem Prinzip der Sparsamkeit zur Geltung zu verhelfen. Er sei von den Szenen, die sich abgespielt hätten, tief erschüttert.



Der Bürgerausschuß tagt sieben Stunden

Die Tagesordnung wird trotzdem nicht erledigt - Weiterberatung am heutigen Dienstag - Die Tariffenkung der Straßenbahn wird mit zwei Abänderungsanträgen angenommen, die Senkung der Gas- und Strompreise unter Ablehnung aller Anträge nach dem stadtträtl. Vorschlag

Die gestrige Bürgerausschußsitzung, die neun Stunden dauerte, nahm einen nicht so stürmischen Verlauf wie die letzte. Der Oberbürgermeister hat unter seinem Sitz ein Bojshorn anbringen lassen, das so laut tönt, daß der Redner, der sich nicht fügen, nicht mehr verstanden werden kann. Der Vorsitzende machte von diesem neuesten Redebehinderungsinstrument wiederholt Gebrauch, aber auch vom Gong und noch mehr von der Glocke. Aber die Verhandlungen brauchten wenigstens nicht wie das letztemal unterbrochen zu werden. Dafür floß der Redestrom in endloser Länge. Drei Stunden debattierte man allein über den Straßenbahntarif mit dem Ergebnis, daß der stadtträtl. Vorschlag mit zwei Abänderungsanträgen angenommen wurde.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich eröffnet um 4,05 Uhr die beschlußfähige Sitzung, indem er mit der Begrüßung des Kollegiums im neuen Jahre der Hoffnung Ausdruck gibt, daß das gewiß nicht leichtere Jahr 1932 der Stadt Mannheim Besserung bringen möge. Nach der Bewillkommung des nationalsozialistischen Stadtv. Seitz, der an die Stelle des in den Stadtrat vorgerückten Stadtv. Thöny getreten ist, nimmt der Vorsitzende zunächst zu einem kommunistischen Geschäftsordnungsantrag Stellung, der den Oberbürgermeister auffordert, Schritte zu unternehmen, die dem

verhafteten kommunistischen Stadtv. Vossin

die Teilnahme an den Verhandlungen ermöglicht hätten. Der Bürgerausschuß sei, so bemerkt Dr. Heimerich, kein Landes- oder Reichsparlament. Es künden ihm insolgedessen auch keinerlei Möglichkeiten zur Verfügung, dafür zu sorgen, daß der Stadtv. Vossin in der Sitzung anwesend sein könne.

Stadtv. Böhler (Kommunist) beantragt, die Veräußerung von Grundstücken, die als einziger Punkt auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung steht, öffentlich zu behandeln. Des weiteren protestiert der Redner dagegen, daß der Oberbürgermeister „willkürliche Maßnahmen“ trifft, um die Besucherzahl der Galerie herabzusetzen. Die kommunistische Fraktion stehe auf dem Standpunkt, daß die breite Öffentlichkeit zugelassen werden sollte, solange noch Platz sei. Der Geschäftsordnungsantrag sei eingebracht worden, weil der Genosse Vossin wiederum in einer Zeit verhaftet worden sei, in der die Erwerbslosen mehr denn je auf ihre Führer angewiesen seien. Seine Fraktion protestiere auch an dieser Stelle gegen den Polizeiterror, der besonders gegen die Kommunisten angewendet werde. Wenn der Oberbürgermeister glaube, nicht über diesen Antrag abstimmen zu können, so könne er nur sagen, daß der Oberbürgermeister nach fasziistischen Methoden versuche, die revolutionäre Einheitsfrontbewegung zu unterbinden.

Dr. Heimerich: Das geht über die Geschäftsordnung hinaus. Stadtv. Böhler:

Herr Oberbürgermeister, Sie sangen im neuen Jahre schon wieder schön an.

(Große Heiterkeit). Dr. Heimerich: Ich kann Ihnen dieses Kompliment zurückgeben. Stadtv. Böhler: Wir stellen weiter den Antrag, daß an Stelle des verhafteten Stadtv. Vossin ein Vertreter des Erwerbslosenausschusses in dieser Sitzung für die Erwerbslosen sprechen darf. Dr. Heimerich: Ich möchte gleich sagen, daß die Galerie sich jeder Kundgebung zu enthalten hat. Bezüglich des kommunistischen Antrages auf öffentliche Behandlung nichtöffentlicher Punkte, der in jeder Sitzung gestellt wird, bemerkt der Oberbürgermeister, daß darüber in üblicher Weise in der nächsten öffentlichen Sitzung entschieden werde. Bezüglich der auf der Galerie zugelassenen Besucher erinnere er den Stadtv. Böhler daran, daß der Stadtrat am 10. Juni 1925 beschlossen habe, die Zahl der Besucher auf 150 zu beschränken. (Die Kommunisten rufen: Abzählen!) Der zur Geschäftsordnung gestellte Antrag bezüglich des Stadtv. Vossin stoße offene Türen ein. Er habe sich heute morgen mit dem Oberstaatsanwalt in Verbindung gesetzt und die Mitteilung erhalten, daß

gegen den Stadtv. Vossin ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat schwebt.

(Unruhe bei den Kommunisten.) Insolgedessen bestehe nicht irgendwelche Hoffnung auf Haftentlassung. Der Antrag habe übrigens mit der Geschäftsordnung garnichts zu tun. Stadtv. Böhler: Sie haben etwas vergessen. Wir haben den Antrag gestellt, daß ein Vertreter des Erwerbslosenausschusses anstelle des Stadtv. Vossin an den Verhandlungen zugelassen wird. Dr. Heimerich: Das ist nach der Gemeindeordnung nicht zulässig. Nach diesem mißtönenden Präliminar, das recht bedenkliche Perspektiven auf den weiteren Verlauf der Sitzung eröffnet, wird in die Tagesordnung eingetreten.

Herstellung von Straßen in Mannheim-Siedenheim

Stadtv. B. Schweizer (Soz.) empfiehlt namens des Stadtverordnetenvorstandes die Annahme der Vorlage. Stadtv. Volz (Soz.) nimmt sich als Siedenheim der acht Anrunder an, die, wie mitgeteilt, gegen das Bezugsverfahren Einspruch erhoben haben. Stadtv. Pichtensels (Kommunist) hält eine der üblichen Reden gegen das kapitalistische System, wobei er auf das kommunistische Arbeitsbeschaffungsprogramm aufmerksam macht. Man dürfe nicht warten, bis die letzten 10 v. H. Bauarbeiter arbeitslos geworden seien. Stadtv. Dr. Waldeck (D. Vp.) bittet bezüglich der Legung der Gasleitung in den herzustellenden Straßen um Entgegenkommen. Dr. Heimerich sagt Prüfung und möglichste Berücksichtigung der Anregungen zu. In der darauffolgenden Abstimmung wird der stadtträtl. Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die Nationalsozialisten enthalten sich der Abstimmung.

Stadtv. Böhler beschwert sich darüber, daß den Berichtsbüchern der kommunistischen Wochenchrift „Der Arbeitslose“ das Betreten des Sitzungssaales nicht gestattet worden sei. Dr. Heimerich: Ich weiß davon nichts. Sie müssen ihren Presseausweis vorzeigen.

Verbreiterung der Unterführung der Waldhofstraße unter der Bahlinie Neckarstadt-Waldhof

Stadtv. B. Haas (D. Vp.) bemerkt, mit Rücksicht darauf, daß diese verkehrshindernde Stelle zweckentsprechend ausgestattet werde, glaube der Stadtverordnetenvorstand die Annahme der Vorlage empfehlen zu sollen. Er richte aber an die vermittelnde Stelle die Bitte, daß bei den Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion angestrebt werde, daß die Arbeiten von hiesigen Unternehmungen ausgeführt werden. Stadtv. Manger (Nationalsozialist) hält die Vorlage für nicht so dringlich. Man könnte dafür an der Unterführung ständig einen Verkehrsposten aufstellen, der die Aufgabe habe, die Geschwindigkeit der Autos auf etwa 15 Km. zu ermäßigen. Die Fraktion sei für die Vorlage, wenn die Kosten nicht aus Anlehensmitteln bestritten würden. Stadtv. Grelle (D. Vp.) stellt fest, daß die Unterführung eine Gefahrenquelle schlimmster Art für Kraftfahrzeuge, Radfahrer und Fußgänger sei. Die Radfahrer müßten an der Unterführung von der linken auf die rechte Straßenseite. Auch dieser Redner bittet, daß die Stadtverwaltung ihren Einfluß dahin geltend macht, daß bei der Verbreiterung der Unterführung hiesige Unternehmer beschäftigt werden. Stadtv. Dr. Wolfhard (Staatsp.) begrüßt die Vorlage, weil sie unhaltbare Zustände beseitigt. Man dürfe sich beglückwünschen, wenn nicht mehr Unfälle an dieser Stelle passieren. Die Vorlage sei eine unbedingte Notwendigkeit.

Stadtrat Robert (Kommunist) wendet sich gegen die Stellungnahme der Nationalsozialisten. Das Schlagwort von der planlosen Geldwirtschaft sei angesichts der Notwendigkeit der Vorlage völlig deplaziert. Das Passieren der Unterführung durch Fahrzeuge und Fußgänger sei geradezu mit Lebensgefahr verbunden. Die erforderlichen 90 000 M. müßten unter allen Umständen bereitgestellt werden. Auch die Verengung an der Kreuzung der Waldhofstraße mit der nach der Schule führenden Straße müsse beseitigt werden. Auch der Stadtv. Kändler (Ev. Volksdienst) spricht sich für die Vorlage aus. Dr. Heimerich weist die Behauptung zurück, daß die Stadt leichtsinnige Schuldenwirtschaft getrieben habe. (Zurufe: Palasthotel!) Die

Verwaltung habe sich nicht leicht zur Vorlage entschlossen. Aber sie habe sich gesagt, daß sie sich nicht auf den Standpunkt stellen könne, daß man überhaupt nichts mehr arbeiten lassen dürfe. Ferner sei sie der Ueberzeugung, daß die Verhältnisse an der

Unterführung wirklich unhaltbar seien. Anlehensmittel zur Vestrückung der Kosten würden nicht aufgenommen. In der darauffolgenden Abstimmung wird die stadtträtl. Vorlage angenommen. Die Nationalsozialisten enthalten sich wieder der Stimme.

Ausscheidung von Gelände aus dem Waldverband

Die Vorlage wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Kreditschließungen für außerordentliche Unternehmungen

Stadtv. B. Kasten (Ev. Volksdienst) empfiehlt die Annahme der Vorlage. Stadtv. Herkel (Soz.) macht bei der Zustimmung zu der Vorlage auf die unwürdigen Schulverhältnisse in Ballstadt aufmerksam. Für 13 Schul- und 10 Handarbeitsklassen stehen nur sieben Räume zur Verfügung. Die Kinder müssen in der Nacht den Heimweg antreten. Viele Familien können das Mittagessen nicht gemeinsam einnehmen. Dr. Heimerich: Die Verwandtschaft des Antrages des Vorredners mit der Vorlage scheint äußerst entfernt zu sein. Stadtv. Herkel: Es soll nur eine Anregung sein. Dr. Heimerich: Ich werde den Antrag dem Stadtrat zuleiten. Stadtv. Dr. Hirschler (Soz.): Der Antrag ist dem Stadtverordnetenvorstand zur Weiterleitung eingereicht worden. Stadtv. Herkel bittet um Beschleunigung der Prüfung der Angelegenheit. Stadtv. Dr. Mökel (Centr.) bemängelt die Ueberschreitungen beim Planetarium und Altersheim. Kreditüberschreitungen sollten nach Möglichkeit vermieden werden. Dr. Heimerich stellt demgegenüber fest, daß die Ersparnisse die Ueberschreitungen überstiegen hätten. Bei Aufwendungen in Höhe von 21 Millionen Mark hätten die Ueberschreitungen noch nicht 60 000 Mk. oder 0,3 v. H. betragen. In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Neufestsetzung der Gebührenerhebung für die Tätigkeit der Ausgleichskammer beim Miet-einigungsamt

Stadtv. B. Haas bemerkt, der Stadtverordnetenstand habe im Zeichen des Preisabbaues Bedenken gegen die Gebührenerhöhung gehabt. Aber im Hinblick auf die umfangreiche Tätigkeit der Ausgleichskammer empfehle er die Vorlage. Nach kurzer Aussprache wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Neu Mannheim Zeitung Nr. 29 vom 19.1.1932



Der Straßenbahntarif

Bürgermeister Dr. Walli leitet die dreistündige Debatte mit dem Hinweis auf die finanzielle Wirkung der eingereichten Abänderungsanträge ein. Stadtv.-S. Haas macht darauf aufmerksam, daß die Vorlage mit der großen Preissenkungaktion der Reichsregierung zusammenhänge, von der sich die Stadt Mannheim nicht ausschließen könne. Dem Stadtverordnetenvorstand seien weitere Erleichterungen erwünscht gewesen. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Straßenbahn glaube er aber, die Annahme der stadträtlichen Vorlage empfehlen zu sollen. Zu den eingereichten Abänderungsanträgen habe der Stadtverordnetenvorstand noch nicht Stellung nehmen können. Es entspinnt sich nunmehr eine Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden und dem Stadtv. Dr. M ö k e l, weil Dr. Heimerich auf dem Standpunkt steht, daß

nach der Geschäftsordnung die Anträge nicht beraten werden können, wenn nicht gleichzeitig entsprechende Deckungsvorschläge gemacht werden.

Auch Stadtv. R o t h e r (Nationalsozialist) ist der Meinung, daß keine Deckungsanträge notwendig seien. Dr. Heimerich bemerkt demgegenüber, daß nach der Notverordnung Deckung notwendig sein müsse, wenn die Mindereinnahmen über die Ersparnisse hinausgingen. Stadtv. B ö h l e r wendet sich mit scharfen Ausdrücken gegen die Notverordnung. Dr. Heimerich ruft den Redner zur Ordnung. Stadtv. B ö h l e r bringt vier Entschlüsse zur Verlesung, die in den bekannten kommunistischen Redewendungen die Notverordnung und ihre Auswirkungen kritisieren. Dr. Heimerich: Die Resolutionen haben mit der Tagesordnung nichts zu tun. Stadtv. B ö h l e r: Auf Grund der Notverordnung werden die Gebühren gesenkt. Zu den Sozialdemokraten gewendet: Ihr habt natürlich gut grinzen, Ihr Einpeitscher der Notverordnung. Wir Kommunisten stehen auf dem Standpunkt, daß wir allen Mitteln gegen diese Notverordnung angeknüpft werden muß. Als der Redner in der bekannten Manier gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien (gemeint sind die Sozialdemokraten) donnert, applaudiert die Galerie. Eine Frau muß infolgedessen den Saal verlassen.

Stadtv. Dr. M ö k e l bemerkt, die Vorlage entspreche nicht den berechtigten Wünschen der Bevölkerung. Seine Fraktion gehe von der Voraussetzung aus, daß durch die Verbilligung des Tarifs eine Verkehrsmehrung eintrete. Deshalb habe seine Fraktion beantragt, daß der

Preis der Gekchen für zwei Teilstrecken von 90 auf 75 Pfennig herabgesetzt

werde. Als der Redner bemerkt, daß die Stadtverwaltung zu beweisen habe, daß der Antrag Mehrausgaben und Wenigereinnahmen zur Folge habe, erwidert Dr. Heimerich, daß die Zentrumskraftion den Beweis anzutreten habe, daß sie im Recht sei. Wenn ein Antrag gestellt werde, der Mindereinnahmen verschulde, müsse gesagt werden, wie die Mindereinnahmen gedeckt werden sollten. Eine entsprechende Bemerkung mache den Antrag

nach der Geschäftsordnung beratungsfähig. Stadtv. Wilhelm T h e l e n (Zentr.) unterstützt die Ausführungen seines Fraktionsvorsitzenden. Die Einführung der Kurzstrecke sei eine Maßnahme, für die jede rechnerische Unterlage fehle. Seine Fraktion wüßte bringen, daß geprüft werde, ob nicht in allernächster Zeit die

Preise der Einzelsfahrtscheine herabgesetzt

werden können, zumal sie nicht der Meinung sei, daß alle Mannheimer Bürger in der Lage seien, sich ein Fahrtscheinticket zu 90 Pfennig und 1 Mark zu kaufen. Die Berücksichtigung bestimmter Gruppen lehnt der Redner ab, weil das Fahrgeldsystem für alle Kunden der Straßenbahn einheitlich sein müsse. Die Zentrumskraftion sei selbstverständlich bereit, jeden gangbaren Weg zu gehen. Agitationsanträge aber könne sie nicht stellen.

Stadtv. F e n d (Kommunist) lehnt die Vorlage ab. Als er von Schwinbel gegenüber dem werktätigen Volk und von Verhöhnung spricht, bemerkt Dr. Heimerich: Es wäre gut, wenn Sie Ihre Ausdrücke etwas mäßigen würden. Als der Redner in der gerügten Tonart fortfährt, wird er vom Vorsitzenden mit der Bemerkung unterbrochen: Herr F e n d, ich fordere Sie nochmals auf, sich meiner

Geschäftsführung zu fügen. Stadtv. F e n d: Ich werde mich nicht vom Herrn Oberbürgermeister tyrannisieren lassen in der Form, daß ich nicht sagen darf, was wahr ist. Dr. Heimerich: Sie dürfen durchaus sagen, was wahr ist, aber Sie haben dies in anständiger Form zu sagen. Viel nützt diese Ermahnung nicht. Der Redner bemerkt weiter, daß die Preissenkung in Wirklichkeit eine Preiserhöhung sei. Die Deckungsfrage für die kommunistischen Anträge löst der Redner kurzer Hand mit dem Vorschlag, alle Beträge, die bei den städtischen Gehältern über 500 M im Monat hinausgehen, zu streichen, ebenso die Polizeikosten und den Theaterzuschuß. Als er bemerkt, daß sich von Trumppfeller bis Orth eine Einheitsfront gegen die Kommunisten gebildet habe, antwortet ihm stürmische Helterkeit.

Um 6.15 Uhr tritt eine viertelstündige Pause ein,

die zu Beginn der Beratungen der Vorlage vom Stadtv. Dr. F i r s c h l e r gewünscht worden war, weil die Fraktion noch keine Gelegenheit gehabt hatte, zu den eingereichten Anträgen Stellung zu nehmen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung bemerkt Stadtrat A m m a n n (Ev. Volksdienst), daß bei der Straßenbahn durchweg ein Abbau von 10 v. H. durchgeführt worden sei. Bei den Berufsfahrern sei er noch höher. Der Redner setzt sich für ein Fahrtscheinticket für 90 Pfennig für drei Teilstrecken ein. Sollte es nicht möglich sein, diesem Vorschlag zuzustimmen, dann würde seine Gruppe für den Antrag der Zentrumskraftion eintreten. Ferner ist der Redner für den Antrag der Sozialdemokraten, für Erwerblose für alle Strecken einen Einheitsfahrpreis von 10 Pfennig einzuführen. Stadtv. F i s c h e r (Soz.) ist mit der Vorlage ebenfalls nicht zufrieden, weil die Tariffestung zu 60 v. H. durch Kürzung der Gehälter und Löhne erfolge. Der Redner bittet, den sozialdemokratischen Antrag dringlich zu behandeln. Wenn den Erwerblosen die Möglichkeit wieder gegeben werde, zu fahren, werde das Defizit nicht vergrößert, sondern verringert. Der Antrag sei nicht auf die Sozial- und Kleinrentner und Schüler ausgedehnt worden, weil er unbedingt angenommen werden müsse. Als sich der Redner gegen den kommunistischen Antrag wendet, der ihm zu weit geht, ruft der Stadtv. B ö h l e r: Bist ja verrückt. An der Erbsen hascht was! Stadtv. F i s c h e r bemerkt weiter, daß seine Fraktion den nationalsozialistischen Antrag ablehne. Die Nationalsozialisten haben folgende Anfrage gestellt: „Es ist bekannt, daß seit längerem Verhandlungen über die

Veranschlagung der DGB. mit der städtischen Straßenbahn

mit dem Ziele, die zusammengelegten Betriebe in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, geführt werden. Wir ersuchen um Auskunft über den derzeitigen Stand der Angelegenheit.“ Stadtv. F i s c h e r erklärt hierzu: Wir haben grundsätzlich zu erklären, daß wir unsere Zustimmung zu einer Zusammenlegung geben, wenn die DGB. und die Rhein-Haardtbahn in das städtische Straßennetz eingegliedert werden. Zu den Kommunisten gewendet: Wir legen keinen Wert auf Agitationsanträge.

Stadtv. L u d e w i g (Natl.-Soz.) wendet sich gegen den 20 Pfennig-Tarif. Die Direktion hätte auf das frühere Dreistreifen-System zurückkommen sollen. Das idealste wäre ein Einheitsstarif. Leider sei er bei der heutigen Linienführung nicht ausführbar. Die zwei Teilstrecken als Kurzstrecke betrachte er nur als Provisorium. Von der Stadtverwaltung erwartet der Redner mehr soziales Verständnis für das Fahrpersonal. Die Ermäßigung der Stromkosten sei viel zu gering. Der Stadtv. R o t h e r sekundiert seinem Fraktionskollegen, indem er eine Rechnung aufmacht, wie die Deckung der Mehraufwendungen durch die Anträge der Nationalsozialisten erfolgen kann. Im Ganzen rechnet der Redner 924 000 M. Einsparungen zur Verbilligung der Fahrtscheine aus. Als er mit der Bemerkung schließt: Wenn wir schon bankrott sind, dann wollen wir mit niedrigen Tarifen bankrott machen, hat er die Lacher auf seiner Seite.

Stadtv. Dr. M ö k e l erklärt nochmals, daß nicht ein Ausfall von 340 000 Mark bei der Annahme des Zentrumskanztrages entsteht, sondern nur ein solcher von 260 000—300 000 M. Bei der Abstimmung über die nationalsozialistischen Anträge werde sich seine Fraktion der Abstimmung enthalten. Stadtv. M a n g e r (Nat.-Soz.) fragt den Oberbürgermeister, warum bei den Berufsfahrern die Einkommensgrenze von 300 auf 210 M monatlich herabgesetzt worden sei.

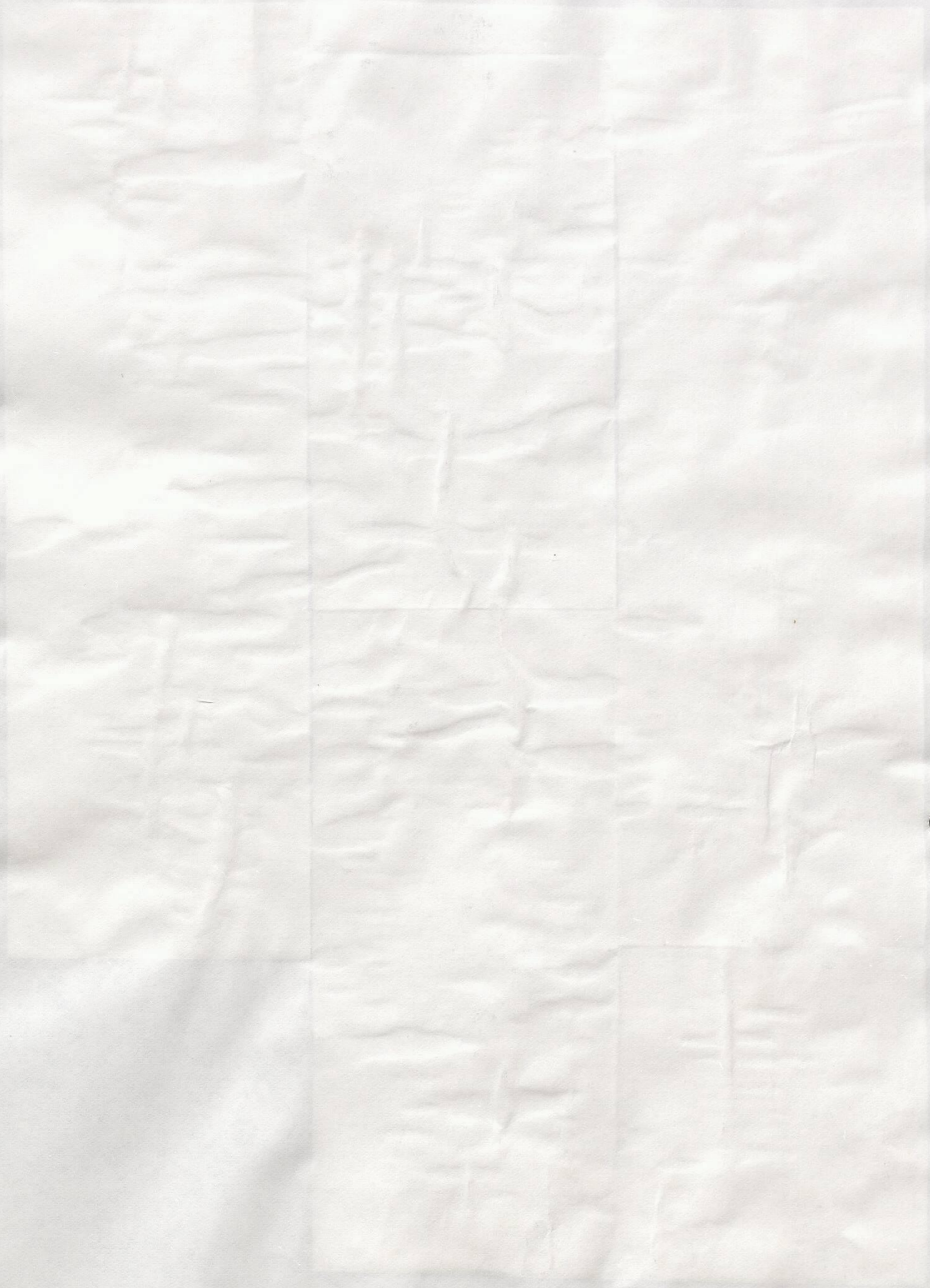
Wieder ein Zwischenfall

Stadtrat Dr. Orth (Nat.-Soz.) fordert den Oberbürgermeister auf, weitere Schritte zu unternehmen, weil Stadtrat V e s c h l e i t e r (Kommunist) gegen den Stadtv. M a n g e r den Ausdruck Simpel gebraucht habe. Stadtrat V e s c h l e i t e r: Stadtv. M a n g e r soll wiederholen, was er gesagt hat. Stadtv. M a n g e r: Ich habe gesagt, der Redner der Kommune hat eine Stunde lang über den Tarif gesprochen. V e s c h l e i t e r: Es ist nicht wahr, was Sie sagen. Dr. Heimerich: Ich möchte dringend bitten, gegenseitige Angriffe zu unterlassen und zu sehen, daß mir die Sitzung in sachlich einwandfreier Weise zu Ende führen. Stadtrat R o b e r (Kommunist) ist mit der Tariffestung nicht einverstanden. Der Oberbürgermeister habe selbst zugegeben, daß er die Gehalts- und Lohnsätze von 21 auf 14 Millionen M gekürzt habe. Die Zusammenlegung der drei Betriebe sei der Anfang der Entkommunifizierung der Straßenbahn, die seine Fraktion mit allen Mitteln verhindern werde.

Stadtv. Dr. F i r s c h l e r macht einige grundsätzliche Bemerkungen. Da er dabei gegen die Kommunisten polemisiert, kommt es zu einem erregten Beschlußgespräch. Im Interesse der Werkstätten müßten die Preissenkungen einigermaßen den Lohnsenkungen entsprechen. Deshalb habe seine Fraktion bei der Straßenbahn und bei Gas und Strom Vorschläge gemacht, die eine Preissenkung weit über die Vorschläge der Verwaltung bewirken. Bei der Auseinandersetzung des Redners mit den Kommunisten schwingt der Oberbürgermeister kühn die Glocke und läßt das Beschhorn ertönen. Stadtv. R h e i n e d e r (Wirtschaftspartei) erklärt, daß eine Gruppe für den Zentrumskanztrag stimmen werde. Stadtv. Dr. W o l f h a r d (Staatspartei) bemerkt, seine Gruppe habe keinen Antrag eingebracht, weil in der Fraktionsführerbesprechung die Notlage der städtischen Betriebe, insbesondere der Zuschußbetriebe, in den düstersten Farben gemalt worden sei. Es gebe keinen anderen Weg, als die Erhöhung der Bürgersteuer, wenn man die Straßenbahn durch weitere Preiserhöhungen noch mehr belaste. Seine Gruppe werde dem Antrag der Zentrumskraftion zustimmen, sei aber der Meinung, daß bei Annahme dieses Antrages das letzte Wort der Landeskommissär sprechen werde.

Bürgermeister Dr. Walli läßt sich infolge der endlosen Debatte abschließend kurz.

Er bemerkt, daß bezüglich der Einkommensgrenze der Berufsfahrer ein Stadtratsbeschluß vorliege. Es sei klar, daß die Einkommensgrenze herabgesetzt werden müsse. Der Stadtrat sei aber loyal verfahren. In der Frage der Verschmelzung der drei Betriebe liege ein Entwurf vor, der so bald als möglich weiterverörtert werde. Die Lage der DGB sei besonders schlecht. Namens der Verwaltung erkläre er, daß sie weitere Anträge nicht annehmen könne. Nach der Rechnung für die ersten Dreivierteljahre wird sich der Fehlbetrag der Straßenbahn um 400 000 Mark weiter steigern. Im übrigen bestreite er, daß die Berechnungen des Ausfalls durch die Tariffestmäßigung nur Schätzungen sind. Es seien eingehende Erhebungen gemacht worden. Eine wesentliche Verkehrssteigerung sei nicht zu erwarten. Dr. Heimerich weist den Ausdruck Irreführung zurück, den Stadtrat Dr. Orth bezüglich der Einkommensgrenze der Berufsfahrer gebraucht hat. Dr. Walli weist anhand der Akten nach, daß die Stadtratsmitglieder vor der Sitzung, in der der Antrag zum Beschluß erhoben wurde, schriftlich verständigt wurden.



Die Abstimmung

Kurz vor 8 Uhr kann endlich die Abstimmung vorgenommen werden. Zunächst wird über die Anträge abgestimmt, die sich auf die Einzelfahrscheine beziehen. Der kommunistische Antrag, die Preise für Einzelfahrscheine wie folgt festzusetzen: 1-2 Teilstrecken 10 Pfg., 1-5 Teilstrecken 15 Pfg., 6-7 Teilstrecken 20 Pfg., 8 und mehr Teilstrecken 30 Pfg., wird mit 60 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Das Zentrum enthält sich der Abstimmung. Der nationalsozialistische Antrag, die Einzelfahrscheine wie folgt zu ermäßigen: bis zu 3 Teilstrecken 15 Pfg., bis zu 5 Teilstrecken 20 Pfg., bis zu 7 Teilstrecken 25 Pfg., bis zu 9 Teilstrecken 30 Pfg., über 9 Teilstrecken hinaus 35 Pfg., wird ebenfalls gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Bei den Fahrscheinstellen liegt der kommunistische Antrag vor, den Preis der Festscheine für 1-2 Teilstrecken (6 Scheine) auf 50 Pfg. herabzusetzen, für 1-5 Teilstrecken (6 Scheine) von 1.10 M auf 80 Pfg., für 6-7 Teilstrecken (12 Scheine) von 2.60 M auf 2.10 M, für 8 und mehr Teilstrecken (12 Scheine) von 3 auf 2.50 M. Der Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt. Auch ein Teil des Zentrums stimmt dagegen. Der nationalsozialistische Antrag schlägt einen Preis von 80 Pfg. für 6 Scheine auf 1-3 Teilstrecken vor. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt. Dafür wird der Zentrumsantrag, den Preis des Festscheins für 1-2 Teilstrecken auf 75 Pfg. herabzusetzen, einstimmig angenommen.

Bei den Fahrscheinstellen für Berufsfahrer liegt der kommunistische Antrag vor, den Preis für 1-5 Teilstrecken (12 Scheine) von 1.80 auf 1.50 Mf., den Preis für 6-7 Teilstrecken (12 Scheine) von 2.20 auf 1.70 Mf., für 8 und mehr Teilstrecken (12 Scheine) von 2.60 auf 2.10 Mf. und den Einzelfahrpreis für Lehrlinge von und zu der Arbeitsstätte auf 10 Pfg. festzusetzen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Die Nationalsozialisten haben ferner beantragt, den Fahrpreis der Monatsstreckenkarte für eine Strecke von außerhalb des Rings nach außerhalb des Rings mit Fahrtberechtigung auf den Innenlinien jeweils für Mannheim und Ludwigshafen von 15 auf 13.50 Mf. herabzusetzen. Der Antrag wird mit 48 gegen 34 Stimmen abgelehnt.

Der kommunistische Antrag, den Erwerbslosen, Wohlfahrtsunterstützungsempfängern, Sozial- und Kleinrentnern und Kurzarbeitern auf allen Strecken freie Fahrt zu gewähren, wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Für den kommunistischen Eventualantrag, für die erwähnten Kategorien einen Einheitsstarif von 10 Pfg. einzuführen, stimmen zwar auch die Nationalsozialisten. Er ist damit aber abgelehnt.

Der sozialdemokratische Antrag, den Krisenunterstützten und Wohlfahrtsarbeiterlosen auf allen Strecken einen Fahrpreis von 10 Pfennig zu gewähren, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die stadttraktliche Vorlage, über die zuletzt abgestimmt wird, wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Senkung der Gas- und Strompreise

Das Haus geht nunmehr zur Beratung des Stadtratsbeschlusses über die Senkung der Gas- und Strompreise über. Verbunden damit wird der Beschluß über die Gleichstellung des Gaspreises in Wallstadt mit dem Mannheimer Tarif. Der Stadtverordnetenvorstand empfiehlt die Annahme beider Vorlagen. Das Haus hat sich inzwischen ziemlich geleert. Der Kommunist Dengler richtet massive Angriffe gegen die Stadtverwaltung, der er den Vorwurf des Buchens macht. Er wird verschiedene Male zur Ordnung gerufen. Eine Tribünenbesucherin, die mit schriller Stimme in den Saal hinunterschreit, wird hinausgeführt. Der Redner begründet dann in längeren Ausführungen die Anträge der Kommunisten. Stadtv. Weinbrecht von der Sozialdemokratie setzt sich für den Antrag seiner Partei ein, der einen Sondertarif für den Gasverbrauch einführen will, dergestalt, daß er nach einem gewissen Durchschnittsverbrauch einen Vorzugspreis von 10 Pf. für den Kubikmeter vorsieht und einen gestaffelten Stromtarif. Stadtv. Fehrmann von den Nationalsozialisten bezeichnet das Ergebnis der bisherigen langen Aussprache als minimal. Die Vorlage, die von der Stadtverwaltung vorgelegt werde, sei undisputabel, da sie in keiner Weise den Erfordernissen entspreche. Den Berechnungen und Zahlenangaben der Vorlage müsse man mißtrauisch gegenüberstehen. Es seien zweifellos noch mehr Ersparnismöglichkeiten vorhanden. Die Stadt müsse in der Befolgung der Vorschriften der Rotverordnung und des Preiskommissars unbedingt mit gutem Beispiel vorangehen. Der Redner spricht dann in langen Ausführungen über den Etat des Elektrizitätswerkes und kommt zu dem Schluß, daß man nach Fortfall der verschleierte Bilanzzahlen eine Strompreissenkung von 40, mindestens aber 30 Prozent vornehmen könne. 15 Prozent Senkung aller Tarife, so wie es die Nationalsozialisten beantragen, sei heute das mindeste, was gefordert werden könne. Als der Redner von der Sozialdemokratie als Klare-Partei spricht, kommt es zu

Scharfe Auseinandersetzungen

mit dem ihn zur Ordnung rufenden Oberbürgermeister und der Sozialdemokratie. Stadtrat Störz (Nat.-Soz.) wird zweimal zur Ordnung gerufen. Bei den Sozialdemokraten herrscht die größte Aufregung. Laute Schlußrufe werden laut. Dauern könnte die Sirene des Oberbürgermeisters, dem es schließlich gelingt, die hochgehenden Wogen wieder zu glätten, so daß Stv. Fehrmann seine Rede fortsetzen kann. Er tritt für eine generelle Senkung aller Tarife um 15% ein.

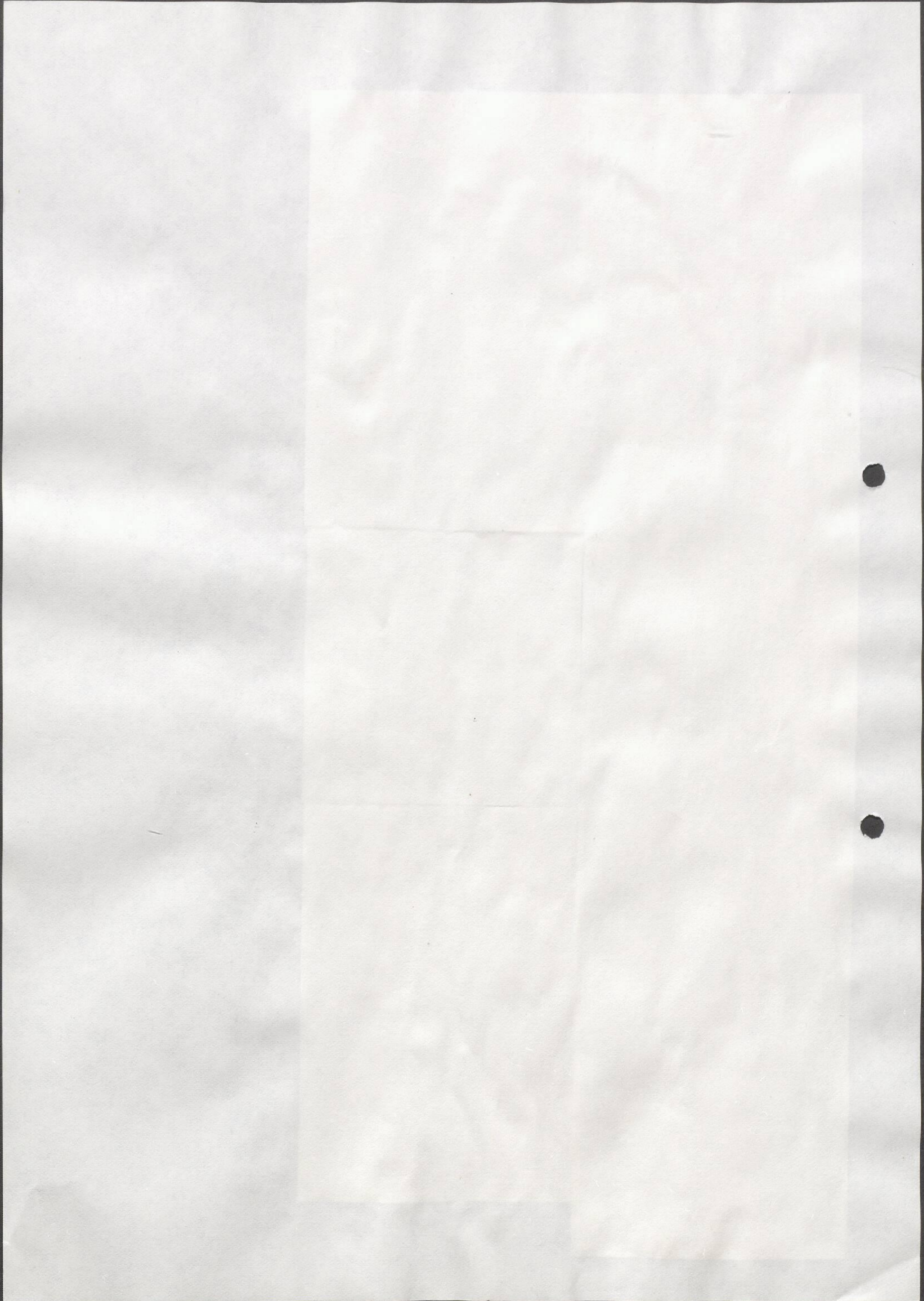
Der Oberbürgermeister setzt sich in kurzen Ausführungen mit den Ausführungen des Stv. Fehrmann auseinander, dessen Ausführungen sicher beweisen, daß er den Etat studiert hat, dessen Schlußfolgerungen aber unrichtig und falsch seien. Es sei niemals bestritten worden, daß die städtischen Werke die meiste Kuh für die Stadt seien, der sie im Jahre 1931 etwa 4 Millionen abliefern. Das sei zwar kein

idealer Zustand, aber nun einmal nicht zu umgehen. Woher solle man denn sonst das Geld für die 10 000 Wohlfahrtsarbeiterlosen nehmen. Stv. Dr. Moedel (Ztr.) unterstreicht die Ausführungen des Oberbürgermeisters und tritt im übrigen für die Vorlage ein. Man dürfe bei allen Beschlüssen nie das finanzielle Rückgrat der städtischen Werke außer acht lassen. Der Stv. Schilpp vom Ev. Volksdienst tritt gleichfalls für die Vorlage ein und beantragt

Schluß der Debatte.

Der Antrag wird vom Stv. Dr. Wolshard (Staatspartei) angenommen, versällt aber in der Abstimmung der Ablehnung. Stv. Haug (Soz.) tritt für die Gleichstellung Wallstadts mit Mannheim ein. Dann hält der kommunistische Stadtrat Rober eine Agitationsrede reinsten Wassers, bei der es manchmal ziemlich lebhaft zugeht. Natürlich ist für ihn Russland das Paradies. Nach seiner Meinung müssen die Tarife nach dem Einkommen gestaffelt werden, weil nur so der Notlage der Bevölkerung entsprochen werden kann. Der Oberbürgermeister greift nochmals in die Debatte ein, um vor der Illusion zu warnen, daß von der Preislenkungsaktion das Heil erwartet werden könne. Die Stadt könne nur im Rahmen ihrer Kraft dazu beitragen, die bestehende Not zu lindern. Stv. Fehrmann (Nat.-Soz.) bezweifelt die ziffermäßigen Angaben des Bürgermeisters Büchner und polemisiert in scharfer Form gegen Herrn Moedel und die Sozialdemokratie, wobei er den parlamentarischen Ton stark vermischen läßt und verschiedentlich zur Ordnung gerufen wird. Stv. Grelle (D. Sp.) bringt verschiedene Wünsche vor, so die Verlängerung des Zahlungszieles. Nachdem Stv. Gott haus (Nat.-Soz.) bedauert hat, dem Bürgermeister Dr. Walli einen falschen Vorwurf gemacht zu haben, weist Stv. Thelen (Ztr.) den Versuch von nationalsozialistischer Seite zurück, die christliche Arbeiterbewegung in einen Gegensatz zum Zentrum zu bringen, was wiederum die Stv. Langendorf (Kommunistin) zu einer polemischen Antwort veranlaßt, die sich dann noch mit den sozialdemokratischen Anträgen in temperamentvoller Weise auseinandersetzt.

Stv. Dr. Girschler (Soz.) betont, daß seiner Partei sehr viel an der Sicherung der Wohlfahrtsarbeiterlosen gelegen sei. Zu den Ausführungen des Nationalsozialisten Fehrmann erklärt er, daß sich seine Partei nicht länger den anmahenden und herausfordernden Ton eines so jungen Mannes und seiner Freunde gefallen werde und sich zu verteidigen wissen werde, was bei den Nationalsozialisten lebhafteste Unruhe auslöst. Die weiteren Ausführungen gehen im Lärm unter. Stadtrat Braun (Ztr.) stellt einige Darstellungen des Stadtrats Rober richtig. Als nun Stv. Rother (Nat.-Soz.) das Wort nehmen will und von einem Auspfeischen spricht, kommt es zur Unruhe. Er kann durch die dauernden Schlußrufe der Sozialdemokraten nicht weitersprechen.

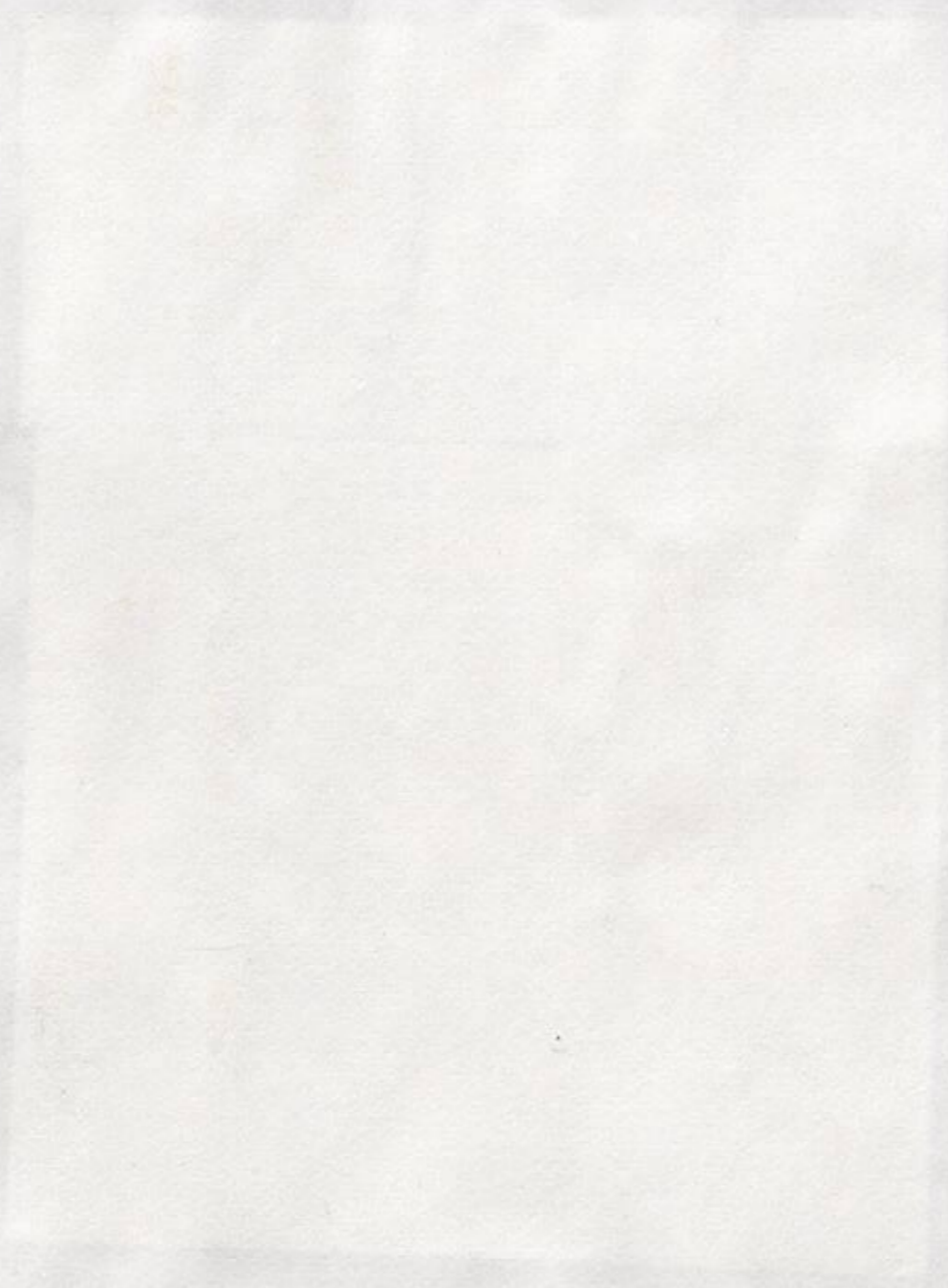


Bürgermeister Düchser stellt fest, daß die angegebenen Ziffern auf genauen Berechnungen beruhen. Oberbürgermeister Dr. Heimerich macht einige grundsätzliche Ausführungen. Der Fehler unserer ganzen Politik im Bürgerausschuß sei, daß man von falschen Voraussetzungen ausgehe. Der erste Grundsatz müsse sein, den Etat in Ordnung zu halten. Wenn man heute die Strom- und Gaspreise noch weiter ermäßige, als in der Vorlage, würde man sich im nächsten Jahr zu neuen Steuern gezwungen sehen.

Die Abstimmung

In der nun folgenden Abstimmung werden sämtliche Änderungsanträge mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt und die städtische Vorlage in der Schlussabstimmung angenommen, desgleichen die Vorlage auf Gleichstellung von Ballstadt in Bezug auf den Gaspreis mit Mannheim.

Als der Oberbürgermeister den nächsten Punkt der Tagesordnung aufrufen will, beantragt gegen 11 Uhr Stadtrat Dr. Feselsohn (Staatsp.) den Schluß der Aussprache und Vertagung der Verhandlungen. Die Stadtverordneten Dr. Hirschler (Soz.) und Böhler (Kommunist) schließen sich diesem Antrag an, der mit großer Mehrheit angenommen wird. Der Oberbürgermeister schließt die Sitzung 10 Minuten vor 11 Uhr und beraumt auf Vorschlag von Dr. Hirschler die nächste Sitzung auf Dienstag nachmittag 5 Uhr an.



Schwere Schlägerei im Bürgerausschuß

Sozialdemokraten und Nationalsozialisten werden tödlich - Der sozialdemokratische Stadtv. Hettinger trägt im Faustkampf eine stark blutende Verletzung im Gesicht davon - Der Saal wird durch die Polizei geräumt - Der Rest der Tagesordnung bleibt dadurch unerledigt

Wer geglaubt hatte, die siebenstündige Sitzung des Bürgerausschusses am Montag würde gestern einen einigermaßen erträglichen Ausklang nehmen, sah sich bitter enttäuscht. Die Verhandlungen konnten nicht zu Ende geführt werden, weil die

scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Nationalsozialisten und Sozialdemokraten zu einer Schlägerei ansetzten,

ein tief beschämender, mühsamer Vorgang, der in der Geschichte des Mannheimer Bürgerausschusses ein Novum ist. Mit Abscheu kann nur jeder Zuschauer an diesen Zusammenstoß der beiden Fraktionen zurückdenken und dabei der Hoffnung Ausdruck geben, daß ein derartiger Skandal nicht wieder vorkommen möge.

Man muß es noch als Glück bezeichnen, daß die Sitzgelegenheit des Bürgerausschusses nicht wie in Karlsruhe aus Stühlen, sondern aus schweren Bänken besteht, die man nur umwerfen konnte. Glücklicherweise ist auch nur ein sozialdemokratischer Stadtverordneter nicht allzu schwer im Gesicht verletzt worden. Der starke Blutverlust ließ anfänglich Schlimmeres befürchten.

Sündstoff zu dem Zusammenstoß war schon in der Sitzung am Montag zur Genüge ausgespeichert worden. Waren doch, wie wir berichteten, die beiden feindlichen Fraktionen schon vorgestern hart aneinandergeraten. Es bedurfte deshalb gestern nur eines verhältnismäßig geringen Anlasses, um die Explosion, die in der Luft lag, zu verursachen. Die Nationalsozialisten waren durch die

Ausweisung von zwei Stadträten und eines Stadtverordneten

stark gereizt worden. Sie fühlten sich auch durch die Handhabung der Geschäftsführung des Oberbürgermeisters beeinträchtigt. Der Vorsitzende, der am Montag eine wahre Pommelgebuld an den Tag legte, war gestern nervöser, was an sich begreiflich ist, wenn man bedenkt, wie ihm durch die Kommunisten und Nationalsozialisten ständig ausgesetzt wurde, wobei man sich nicht auf die Kritiker seiner Geschäftsführung beschränkte, sondern ihn auch persönlich in einer Weise angriff, die mit der Würde eines Oberbürgermeisters nicht zu vereinbaren ist. Daß er infolgedessen nicht nur Ordnungsrufe in erheblicher Zahl ausstieß, sondern auch drei Nationalsozialisten aus dem Saale wies, ist verständlich. Die Nationalsozialisten gerieten immer mehr außer Rand und Band. Und da der Stadtv. Fehrman in seiner Art ebenso aggressiv wie Dr. Orth wirkte, so bedurfte es nur des gegen die Sozialdemokraten angewandten Ausdrucks „Juden-schutztruppe“, um die Bombe zum Platzen zu bringen.

Man ist sich wohl jetzt einig darüber, daß es tatsächlich unklug war, die Sitzung am Montag zu vertagen. Wenn man so lange beraten hätte, dann konnte man wirklich noch 1-2 Stunden länger beisammen bleiben. Der Bürgerausschuß tagt so selten, daß eine Nachsitzung in Kauf genommen werden konnte. Zur Stärkung war zudem die Restauration da.

Was wird nun werden?

Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Nach der Gemeindeordnung muß der Bürgerausschuß zur Erledigung der beiden Vorlagen noch einmal einberufen werden. Kann man das aber nach dem Skandalösen Vorfall wagen? Sind die Nationalsozialisten in der nächsten Zeit verhandlungsfähig? Werden sie sich bereit finden, in sachlicher Weise die beiden Vorlagen zu erledigen, die doch auch ihren Anhängern Erleichterungen bringen sollen? Vielleicht findet sich durch Besprechung mit den Fraktionsführern ein Weg aus dem Dilemma.

Wenn ja, so hat das gestrige beschämende Schauspiel gezeigt, daß mit dem Mannheimer Bürgerausschuß in seiner heutigen Zusammensetzung eine sachliche Arbeit unmöglich ist. Leider behalten die Pflichten recht, die schon lange die Ansicht vertreten, daß man auf eine Institution verzichten kann und muß, die von den extremen Parteien nur zu den äbelsten Agitationszwecken benützt wird. Der Staatsparteller Robert Haas traf den Nagel auf den Kopf, als er gestern ausführte, er habe sich in den 18 Jahren, in denen er dem Bürgerausschuß angehört, noch nie so überflüssig gefühlt, wie am Montag. Gestern wird sich diese Empfindung noch verstärkt haben.

Der Verlauf der Sitzung

Als Oberbürgermeister Dr. Heimerich kurz nach 5 Uhr die beschlußfähige Sitzung eröffnet, ist die Galerie stark besetzt. Stadtrat Dr. Orth (Nat.-Soz.) ergreift das Wort zur Geschäftsordnung mit der Bemerkung, daß der Oberbürgermeister angeordnet habe, jedes einzelne Wort, das die Nationalsozialisten sprächen, sei stenographisch festzulegen. Er möchte deshalb den Oberbürgermeister ersuchen, auch hinter die sozialdemokratischen Stadträte Vorposten zu stellen. Wäre dies bereits geschehen, dann hätte man auch die Beschimpfungen feststellen können, die Stadtrat Trumpsheller gegen den Parteigenossen Fehrman ausgesprochen habe. Stadtrat Kunkel (Nat.-Soz.) bemerkt, es seien Beschwerden der Galeriebesucher nach der Richtung eingelaufen, daß die Zuhörer, die die Galerie vorübergehend verlassen, nicht mehr zugelassen würden. Er stelle deshalb den Antrag, daß, wenn ein Tribünenbesucher die Sitzung verlasse, an seiner Stelle ein anderer zugelassen werde.

Dr. Heimerich: Es wird bei dem Nationalsozialisten nicht mehr stenographiert, als bei den andern. Besondere Anweisungen sind nicht ergangen. Den Vorwurf, daß Vorposten aufgestellt sind, muß ich zurückweisen. Stadtrat Dr. Orth: Ich habe festgestellt, daß Herr Trumpsheller Beschimpfungen gegenüber dem Parteigenossen Fehrman begangen hat. Ein Ordnungsruf wurde nicht erteilt. Dr. Heimerich:

Herr Fehrman hat sich unqualifizierbare Beschimpfungen zu schulden kommen lassen.

Stadtv. Rother (Nat.-Soz.): Das glauben Sie ja selber nicht. Dr. Heimerich: Herr Rother, ich verbitte mir jede Kritik an meiner Geschäftsführung. Sie können sich nicht auf die Beschimpfungen anderer berufen, wenn Sie in solch unparlamentarischer Weise vorgehen. Ich habe gestern eine Milde

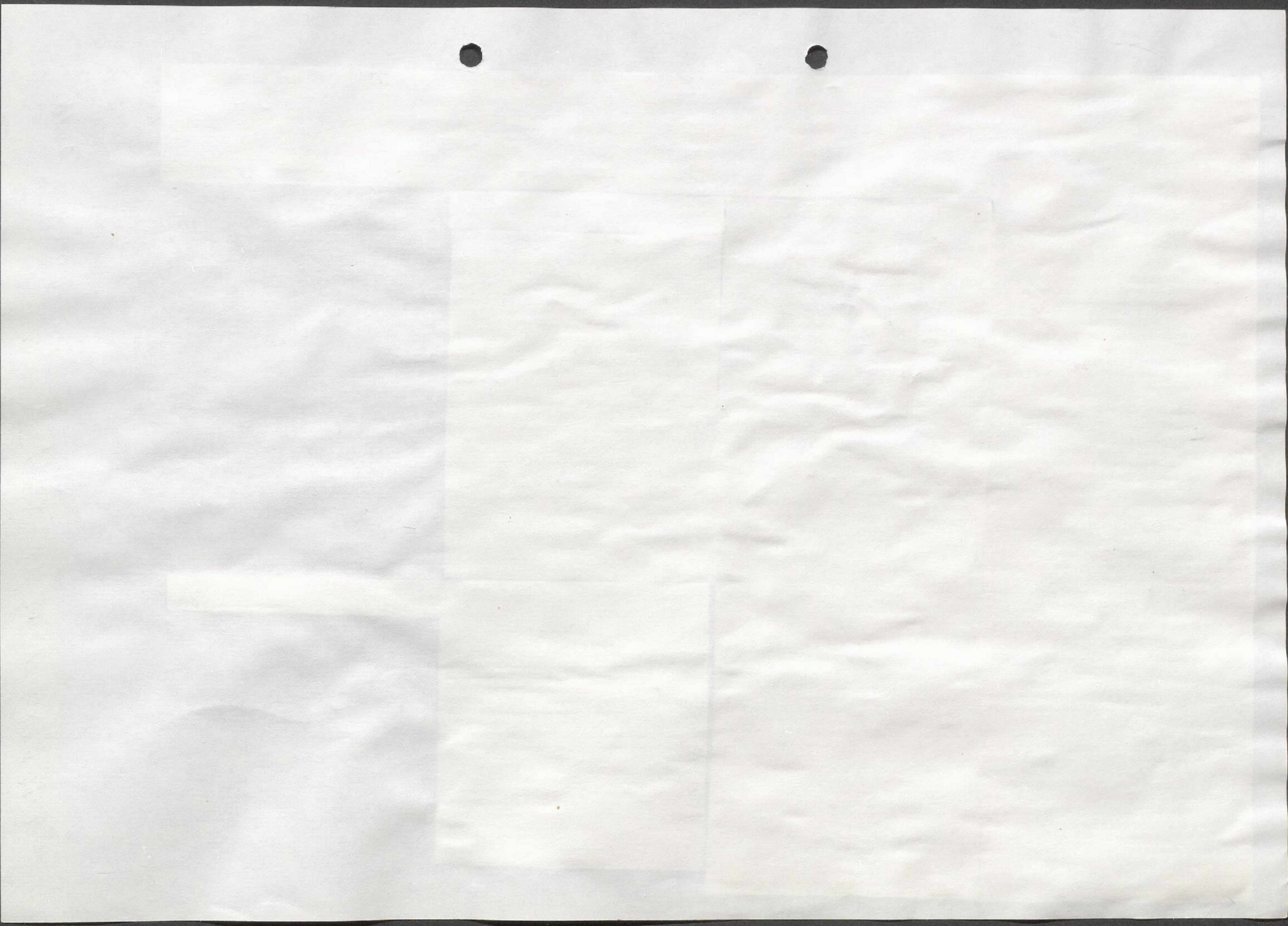
walten lassen, die sehr weit ging. Stadtrat Kunkel kommt auf die Beschwerde wegen der Tribünenbesucher zurück und stellt erneut die Anfrage, ob denn nun dafür gesorgt sei, daß die Tribünenbesucher wieder hereinkönnten, wenn sie vorübergehend den Saal verlassen hätten. Dr. Heimerich: Wer eine Karte hat, darf wieder herein. Eine Karte, die auf den Namen ausgestellt ist, ist nicht übertragbar.

Nach diesem Vorspiel, bei dem man noch nicht ahnte, daß das Ende tödliche Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und Nationalsozialisten sein würden, wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Beratung steht die Senkung der

Kanal-, Müllabfuhr- und Straßenreinigungsgebühren

Stadtv.-B. Schweizer (Soz.) empfiehlt namens des Stadtverordnetenverbandes die Annahme der Vorlage. Stadtrat Schneider (Wirtschaftl. Vereinigung) wendet sich gegen folgenden Antrag der kommunistischen Fraktion: „Sämtliche Gebühren für Kanäle, Müllabfuhr und Straßenreinigung sind vom Hauseigentümer zu tragen. Hausbesitzer, deren Grundstück einen Gebäudesteuerwert von 20 000 M nicht erreicht, werden als Ausgleich von der Gemeindeumlage befreit.“ Der Bürgerausschuß habe im Jahre 1930 beschlossen, daß der Hausbesitzer die Straßenreinigungsgebühren tragen muß, ohne daß er sie auf die Mieter abwälzen darf. Seine Freunde hätten schon damals gegen dieses Unrecht protestiert und auf das unmoralische dieser Erhebungsart hingewiesen. Beigeordneter Vöb habe damals ein Exposé ausgearbeitet, das in der Hauptsache gesagt habe: Straßenreinigungsgebühr kann man wohl vom Hausbesitz erheben, ohne daß er ein Recht zur Umlegung hat, Kanal- und Müllgebühr dagegen nicht. Heute beruhe er sich auf dieses Exposé.

Neue
Mannheimer
Festung
Nr. 31 vom 20.1.1932



Es sei garnicht möglich, auch Kanal- und Müllgebühren vom Hausbesitzer allein zu erheben, weil diese Gebühren in der Friedensmiete nicht verankert waren.

Stadtrat Thöny (Nat.-Soz.) bemerkt, seine Fraktion sei der Ansicht, daß sich bei den Kanal- und Müllgebühren eine Senkung von 15 v. H. durchführen ließe. Der Hausbesitz, ohnehin schon bankrott, sei nicht einmal in der Lage, die gesenkten Gebühren zu bezahlen. Stadtrat Müller (Kommunist) führt aus, der Stadtratsantrag sei für seine Fraktion nicht weitgehend genug. Er stehe auf dem Standpunkt, wenn heute ein Hausbesitzer eine Wohnung vermiete, so habe er dafür zu sorgen, daß sie wohnlich sei. Weil heute 50 v. H. des Lohnes für die Miete gebraucht würden und die Gebühren eine indirekte Mieterhöhung seien, sei der Antrag eingebracht worden. Stadtv. Volk (Soz.) nimmt seine Partei gegen den Vorwurf des Stadtrats Schneider bezüglich der Straßenreinigungsgeldern in Schutz. Die Sozialdemokratie sei damals von dem Standpunkt ausgegangen, daß die Hausbesitzer als die wirtschaftlich leistungsfähigeren mit der Gebühr belastet werden könnten. Unter ständigen kommunistischen Zurufen wendet er sich gegen den kommunistischen Antrag. Wir hoffen und wünschen, so schließt der Redner unter großer Unruhe der Kommunisten und Nationalsozialisten, daß die Arbeiterchaft erkennen wird, wer die wahren Vertreter ihrer Interessen sind.

Dr. Heimerich: Es hat jemand von der kommunistischen Fraktion Heuchler gerufen. Stadtv. Böbler: Ich habe Demagogie gerufen. Der Ruf Heuchler ist von einer anderen Seite gekommen. Stadtrat Dr. Orth: Es ist immerhin erfreulich, festzustellen, daß die Herren von der SPD. ihren präzis proletarischen Standpunkt verlassen haben, weil Leute, die ein Haus im Wert von 20 000 M. besitzen, zur proletarischen Front gehören. Wenn sie sich weiter mauern, werden sie schließlich Nationalsozialisten. (Heiterkeit und Unruhe.) Die Ansicht, daß jeder Hausbesitzer ein reicher Mann und jeder Mieter ein armer Teufel sei, sei nicht berechtigt. Es gebe Hausverwalter, die vermögender seien als Hausbesitzer. Die Kommunisten wollten alle Lasten auf den Hausbesitzer abwälzen. Das sei Demagogie. Ein Hausbesitzer, der heute ein Haus im Werte von 100 000 M. besitze, bekomme, wenn er es verkaufe, höchstens 30 000 M. Damit sei gerade die erste Hypothek abgekauft. Die Hausbesitzer hätten alles verloren. Deshalb lehne seine Fraktion den kommunistischen Antrag als einen Akt der Demagogie ab.

Stadtv. Dr. Walbed (DVP.) bemerkt, es sei unmöglich, die Vorlagen einzeln zu behandeln ohne im Hinblick auf den städtischen Etat. Sollte der Stadt ihre bisherige Leistungsfähigkeit erhalten bleiben, so bleibe nichts anderes übrig, als die

Vorlage der Verwaltung anzunehmen.

Stadtv. Robert Haas (Staatsp.): Was Stadtrat Dr. Orth ausgeführt hat, sind auch meine Gedanken, nicht etwa, weil mir die Gedanken sympathisch sind, weil sie von dieser Seite kommen. Wir nehmen jeden guten Gedanken auf, von welcher Seite er kommen mag. Orth und Schneider haben recht, wenn sie sagten, daß nicht jeder Hausbesitzer ein gutsituerter Mann sei. Das Kapital der Hausbesitzer rentiert am schlechtesten von sämtlichen angelegten Geldern. Der Redner wendet sich gegen den kommunistischen Antrag, um dann zu betonen, daß er sich in den 3 Jahren, seitdem er dem Bürgerausschuß angehöre, nicht so überflüssig vorgekommen sei, wie bei der gestrigen siebenstündigen Sitzung, weil der Landeskommisär ja doch die Entscheidung treffe. Wozu also die großen Reden, wenn doch nichts geschehe. Wisse nicht jeder, daß der Oberbürgermeister noch nicht ja gesagt habe und wahrscheinlich auch nicht ja sagen werde? Man könne nicht dulden, daß die Stadt bankrott gehe.

Stadtrat Ammann (Ev. Volksdienst) erklärt, seine Gruppe lehne den kommunistischen Antrag ab und werde für die Vorlage der Verwaltung stimmen. Stadtv. Schumacher (Staatsp.) bemerkt, der Hausbesitz sei in einer katastrophalen Lage. Wer trage das Risiko für die eingehenden Mieten? Der

Redner wünscht die Ausdehnung der Müllabfuhr mit städtischen Wagen auf Neckarau. Den Hausbesitzern entstünden durch die Stellung der Mülleimer und Müllkübel nicht unbedeutende Lasten. Stadtv. Schell (Zentrum) lehnt den kommunistischen Antrag ab, weil heute in Mannheim sich viele Häuser befinden, für die einfach nicht mehr Steuern bezahlt werden können. Stadtrat seiner Fraktion, der auf dem marxistischen Grundprogramm fuhe. Die Kommunisten hätten die geichtliche Aufgabe, die Interessen der Schichten zu vertreten, die durch die herrschende Klasse ausgebeutet und vernichtet würden. (Dr. Heimerich bittet den Redner, diese hohen Probleme nicht weiter zu erörtern.) Die Mittelstandspartei könne nicht mehr die Interessen des Mittelstandes vertreten. Der Redner wendet sich unter großer Heiterkeit an den Stv. Dr. Mäkel mit der Bemerkung: Herr Mäkel, hängt Ihnen das auch zu hoch? Wie wollen Sie denn in den Himmel kommen, der ja noch viel höher hängt.

Dr. Heimerich: Wir sind wieder auf dem Niveau eines politischen Diskussionsabends angelangt.

Neben vom System und Gegenystem sind wahrlich nicht am Platze. Ich glaube, daß keine Partei, die solche Reden hält, sich viel Anhänger verschafft. Der Bürgerausschuß verkennt seine Bedeutung vollkommen. Als Beigeordneter Elsäßer die städtische Vorlage verteidigt hat, macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß über den kommunistischen und nationalsozialistischen Antrag nicht abgestimmt werden könne, weil bei beiden wie bei den am Montag behandelten kein Ausgleich vorhanden sei. Man könne doch bei diesen Gebühren nicht davon ausgehen, daß ein stärkerer Konsum eintreten werde. Stadtv. Stalf (Nat.-Soz.) ruft: Sie sind ein Demagoge, Herr Oberbürgermeister. Dr. Heimerich: Ich rufe Sie zur Ordnung, Herr Stalf. Stadtrat Dr. Orth, der sich gegen den Oberbürgermeister mit persönlichen Bemerkungen wendet, wird kurz hintereinander dreimal zur Ordnung gerufen. Die Sirene schneidet ihm zwar das Wort

ab, aber wenn der Oberbürgermeister nicht mehr auf den Knopf drückt, spricht Dr. Orth weiter. Dr. Heimerich: Ich weise Sie aus dem Kollegium. Ich bitte Sie, das Lokal zu verlassen. Als Dr. Orth keine Anstalten macht, dieser Aufforderung, die der Vorsitzende wiederholt, Folge zu leisten,

wird die Sitzung unterbrochen.

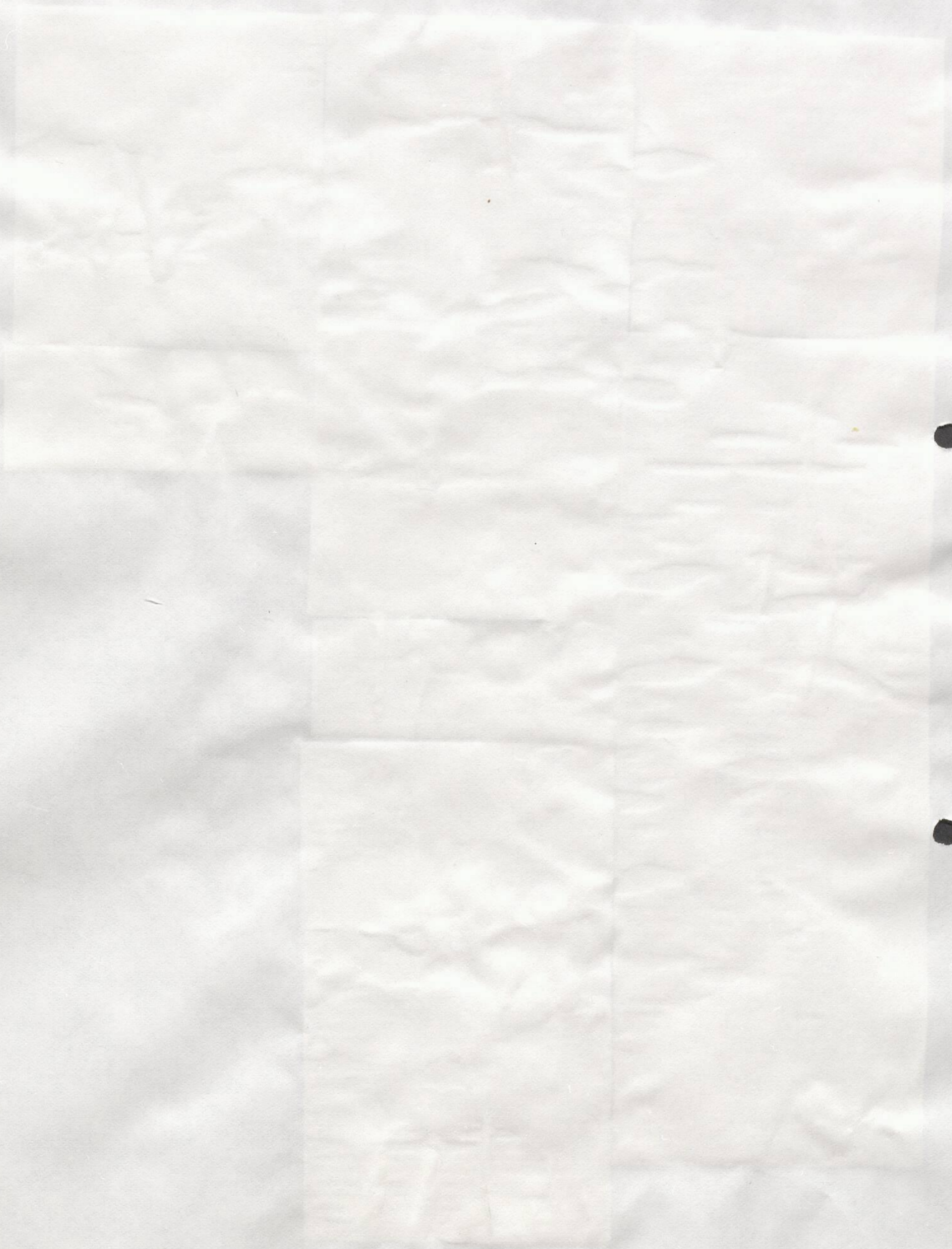
Als die Sitzung nach einigen Minuten wieder ausgenommen wird, hat Dr. Orth den Saal verlassen. Dr. Heimerich: Es wird mir gesagt, daß auf der Tribüne fotografiert wird. Photographieren ist ohne meine Genehmigung nicht zulässig. Stadtv. Rother (Nat.-Soz.): Nachdem festgestellt ist, daß der Herr Oberbürgermeister sich einer ganz eigenartigen Geschäftsführung befleißigt... Dr. Heimerich: Ich kann eine Kritik an meiner Geschäftsführung nicht zulassen. Stadtv. Rother: Ich stelle fest, daß Sie parteiisch die Geschäfte führen, weil Sie Dr. Orth aus unserer Mitte schaffen wollen. Ich verwahre mich dagegen. Dr. Heimerich: Es kommt mir gar nicht darauf an, Dr. Orth zu entfernen, wenn Dr. Orth sich anständig benimmt. (Zuruf: Benehmen Sie sich anständig.) Ich habe Milde gegen Sie walten lassen. Beschweren Sie sich. Die Angriffe gegen meine Geschäftsführung sind unberechtigt. Stadtv. Rother beantragt namentliche Abstimmung darüber, ob die Ordnungsrufe und die hinausweisung des Stadtrats Dr. Orth berechtigt seien. Dr. Heimerich läßt nicht namentlich abstimmen. Das Vorgehen gegen Dr. Orth wird mit großer Mehrheit als berechtigt anerkannt. Die Kommunisten enthalten sich. Stadtv. Rother: Ich habe namentliche Abstimmung beantragt. Dr. Heimerich: Wenn Sie sich so weiter benehmen, habe ich die Sitzung auf. Stadtv. Manger (Nat.-Soz.) wird nach dreimaligem Ordnungsruf aus dem Saale gewiesen. Als Manger den Saal verläßt, begleiten ihn Heilrufe der nationalsozialistischen Fraktion und Galeriebesucher. Stadtv. Dr. Hirschler beantragt Schluß der Geschäftsordnungsdebatte. Der nationalsozialistische Stadtrat Störck wird ebenfalls ausgeschlossen, weil er, zu Dr. Hirschler gewendet, fortwährend Jude ruft.

Die Sitzung wird von neuem unterbrochen

Nach der Wiederaufnahme erklärt Dr. Heimerich: Es ist mir mittlerweile mitgeteilt worden, daß Angehörige anderer Fraktionen gehört haben, daß Herr Rother namentliche Abstimmung beantragt hat. Stadtv. Rother: Durch Ihre Stellungnahme ist veranlaßt worden, daß Herr Manger aus der Sitzung entfernt wurde. Sie sind der Schuldige. Dr. Heimerich: Selbst wenn der Vorsitzende eine andere Auffassung hat, darf sich kein Mitglied so benehmen. In namentlicher Abstimmung wird nunmehr mit 57 gegen 30 Stimmen das Vorgehen des Oberbürgermeisters gegen Stadtrat Dr. Orth gutgeheißen.

Stadtv. Böbler erklärt, die kommunistische Fraktion sei mit den Pilsudski-Methoden des Oberbürgermeisters nicht einverstanden, aber auch nicht mit dem Verhalten der Nationalsozialisten, die glaubten, durch Judenhetze provozieren zu dürfen. Stadtv. Jünat (Soz.) wendet sich mit einer scharfen Erklärung unter großer Erregung gegen die Nationalsozialisten, die er vor weiteren Provokationen warnt. Die Sozialdemokratie sei nicht gewillt, sich die Angriffe weiter bieten zu lassen. Stadtv. Fehrmann (Nat.-Soz.) gibt nun ebenfalls eine

Erklärung ab. Bei der großen Unruhe, die bei den Sozialdemokraten herrscht, ist der Redner nicht zu verstehen. Dr. Heimerich: Wir sind schon so weit, daß Drohungen ausgestoßen werden. Als der Stadtv. Fehrmann den Ausdruck Mannheimer Regierungslinie für die „Volksstimme“ gebraucht, erhebt sich ein Entrüstungssturm bei den Sozialdemokraten. Dr. Heimerich ruft den Sozialdemokraten Fischer zur Ordnung.



Es kommt zu Handgreiflichkeiten

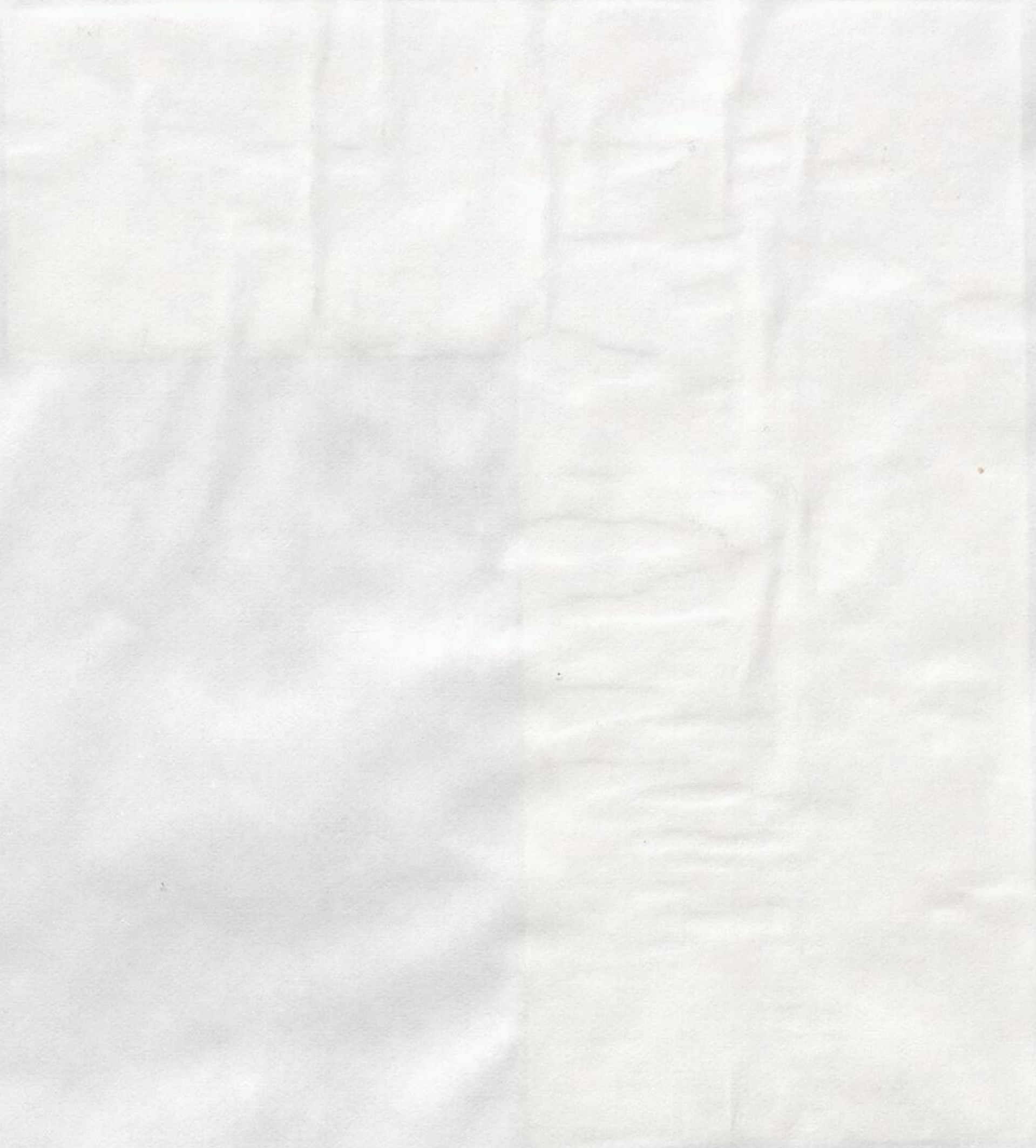
Als Fehrmann den Ausdruck Judenschutztruppe anwendet, sind die Sozialdemokraten nicht mehr zu halten. Sie erheben sich von ihren Plätzen und begeben sich zu den Nationalsozialisten auf der anderen Seite des Saales. Zunächst kommt es gruppenweise zu erregten Auseinandersetzungen. Was sich beide Parteien zurufen, ist bei dem Tumult nicht zu verstehen. Auf einmal artet das gegenseitige Anschreien und Gestikulieren in ein Handgemenge aus. Stadtrat Trumppheller erhält einen Schlag ins Gesicht. Die Gegner bearbeiten sich mit den Fäusten. Stadtv. Dr. Mäkel, der vermittelnd eingreifen möchte, kommt gefährlich ins Gedränge, kann aber befreit werden, ohne daß ihm etwas geschieht.

Der sozialdemokratische Stadtv. Fettinger blutet stark an der linken Wange.

Wie sich später herausstellt, hat er eine Wundwunde durch eine Verletzung mit einem spitzen Gegenstand davongetragen. Als er sich auf die andere Seite des Saales zurückbegibt, ist die linke Gesichtshälfte mit Blut bedeckt. Auch Hemd und Rock sind blutig. Die Verletzung sieht infolge des starken Blutverlustes schlimmer aus, als sie sich glücklicherweise später herausstellt. Da die Nationalsozialisten in der Minderheit sind, kommen sie stark ins Gedränge. Der Stadtv. Stalf, der einen Schlag ins Genick bekommen hat, stürzt zu Boden. Noch mehrere andere fallen zwischen die Sitzreihen. Man kann nicht sehen, ob es Nationalsozialisten oder Sozialdemokraten sind. Der Stadtv. Fettinger stürzt sich von neuem in das Handgemenge und teilt wütend Schläge nach allen Seiten mit den Fäusten aus.

Als das vom Oberbürgermeister herbeigerufene Notrufkommando den Saal betritt, ist der Kampf zu Ende. Die verschiedenen aufeinander einschlagenden Gruppen haben sich aufgelöst. Zwei Schutzleute nehmen einen Nationalsozialisten in ihre Mitte und führen ihn ab. Er soll den Stadtv. Fettinger verletzt haben. Der hinter dem Sitz des Oberbürgermeisters stehende Führer des Notrufkommandos fordert im Namen des Oberbürgermeisters

die Anwesenden auf, den Saal zu verlassen. Wer sich nicht füge, werde festgenommen. Schnell leert sich ohne weitere Zwischenfälle der Saal. Nur noch mehrere umgeworfene Bänke sind Zeugen des widerwärtigen Auftritts, der der Sitzung gegen 6.45 Uhr ein unvorhergesehenes Ende bereitet, ohne daß über die zur Verhandlung stehende Vorlage abgestimmt werden konnte. Auch die Senkung der Gebühren des Schlacht- u. Viehhofes blieb unerledigt.
Sch.



Die Schlägerei im Bürgerausschuß

vor dem Mannheimer Schöffengericht

Vorsitzender Amtsgerichtsdirektor Dr. Klein, Belfiser Amtsgerichtsrat Schmidt, Vertreter der Anklage Staatsanwalt Dr. Welk

Die Bürgerausschußsitzung vom 19. Januar endete durch die Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten mit einem schrillen Mißklang. Schon oft ging es im Bürgerausschuß in Redeschlachten wild her, Tätlichkeiten gab es aber am 19. Januar im Bürgerausschuß zum ersten Male. Die Stimmung wurde damals durch gegenseitige Beschimpfungen zwischen links und rechts immer gespannter, bis die Entladung durch eine wilde Schlägerei erfolgte. Auf beiden Seiten gab es Verletzte und Anzeigen wegen Körperverletzung.

Am Freitag hatten sich vor dem Schöffengericht — die Verhandlung fand im Schwurgerichtssaal statt — 12 Angeklagte wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Von den Sozialdemokraten waren angeklagt: Gräber Gg., Trumpsheller Jakob, Hettlinger Karl, Fischer Gg., Weinbrecht Wilh., Weibel Ludw., von den Nationalsozialisten: Weibel Rud., Stalf Frd., Fehrman Alex., Rother Otto, Runkel Sch., Schmitt Hugo. 6 Rechtsanwälte und 27 Zeugen traten während der Verhandlung auf.

Zu Beginn der Verhandlung wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Vorfälle vom 19. Jan. allgemein als bedauerlich bezeichnet würden. Heute müsse sich die Forschung darauf beschränken, wer sich aktiv an den Vorgängen beteiligt habe. Es müsse aber größte Objektivität gewahrt werden. Aus diesem Grunde müßten alle Beeinflussungsversuche, gleich von welcher Seite sie kämen, unterbleiben. Hierauf stellte Rechtsanwalt Dr. Grossart den Antrag, die Schöffen Bender und Zimmermann wegen ihrer Zugehörigkeit zur SPD. abzulehnen. Das Gericht gab dem Antrag teilweise statt und erließ den Schöffen Zimmermann. Von beiden Seiten wurden dann verschiedene Nebenklagen gestellt.

An Hand des Protokolls konnte man sich ein Bild über die Vorgänge am 19. Januar machen, die zu der Schlägerei führten.

Die Vernehmung der Angeklagten

Stadttrat Trumpsheller erklärte, daß besonders Stadttrat Fehrman die Sozialdemokraten durch seine Ausführungen provoziert habe. Später sei er langsam zu Herrn Rother, dem Fraktionsvorsitzenden der NSDAP., gegangen und habe gefragt: „Herr Rother, wie lange soll das Theater weitergehen?“ Herr Rother antwortete, der Oberbürgermeister solle die Geschäftsordnung richtig führen. Daraufhin rief Fehrman: „Ihr seid eine Judenschuttruppe.“ Trumpsheller antwortete: „Lange lassen wir unsere Partei nicht mehr beleidigen.“ Darauf bekam er einen Stoß vor die Brust. Hettlinger bekam über die Schulter von Fehrman hinweg einen Schlag ins Gesicht, so daß er stark unter dem Auge blutete. Stadttrat Runkel von der NSDAP. versuchte seine Leute zu beruhigen. Den Stoß erhielt Trumpsheller von Herrn v. Waldstein (NSDAP.).

Der Fraktionsvorsitzende der NSDAP. Rother führte aus, daß er der Ansicht war, daß Trumpsheller schlagen wollte. Hettlinger sei auf Fehrman zugetreten, habe ihn am Hals gefaßt und zum Schloße aufgeholt. Trumpsheller und Hettlinger müßten getreten haben. Rother fühlte einen Schlag, der mit einem Messer geführt worden sein mußte. Herr Weibel (SPD.) habe einen Gegner am Halse gepackt und auf ihn eingeschlagen. Rother selbst wurde nicht angegriffen, er habe versucht, die Gegner zu trennen. Der flüchtende Weibel sei an den Rücken gepackt und zu Boden geworfen worden, mehrere Gegner hätten sich auf ihn gestürzt.

Stadtverordneter Hettlinger (SPD.) bemerkte, daß die ganze Provokation von Fehrman ausging. Bei den Sozialdemokraten habe man gehört, daß Trumpsheller auf Rother einwirken wollte. Als in den hinteren Reihen Nationalsozialisten aufstanden, sei er, Hettlinger, mit einigen anderen Parteigenossen zu den Bänken der Nationalsozialisten gegangen. Hettlinger versuchte, Fehrman zurückzudrängen, erhielt aber von hinten den Schlag ins Gesicht. Als Hettlinger sah, daß Weibel den Schlag geführt haben mußte, drang er zu ihm vor und schlug auf ihn ein. Vorher war er der Ansicht, Schmitt habe den Schlag geführt, erst auf Zuruf von der Galerie sei er auf Weibel eingedrungen.

Stadtverordneter Fehrman erklärte, daß die Stimmung bei den Nationalsozialisten durch die dauernden Angriffe der Sozialdemokraten sehr gereizt gewesen sei. Die Stimmung sei noch weiter gereizt worden, durch die Handhabung der Geschäftsordnung von Oberbürgerm. Heimerich. Es sei richtig, daß Fehrman zu den Sozialdemokraten gewinkt habe, weil die NSDAP. nicht nur beleidigt, sondern durch Gesten auch bedroht worden sei. Er habe zu den Sozialdemokraten gerufen: „Kommt rüber, wenn ihr etwas wollt.“ Trumpsheller habe auf Rother eingetreten, Gräber und Fischer seien in drohender Haltung hinter Trumpsheller gestanden. Fischer habe Fehrman an den Händen gepackt und versucht ihn in das Knäuel der Sozialdemokraten zu ziehen. Bei der Gelegenheit wurde ihm seine Brille heruntergeschlagen. Verschiedene Stadtverordnete anderer Parteien versuchten die Streitenden zu trennen. Zum Schluß machte Fehrman noch einige politische Ausführungen wegen des Ausdrucks „Judenschuttruppe“.

In der Vormittagsitzung wurden noch sämtliche Angeklagte vernommen.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich als erster Zeuge ging kurz auf die Vorgänge am 18. und 19. Januar ein. Rechtsanwalt Maier trat der Verteidigung entgegen, da er der Ansicht sei, Oberbürgermeister Dr. Heimerich und Dr. Fischer seien an den

Vorgängen beteiligt. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dr. Heimerich führte aus, daß die Stimmung zwischen den Sozialdemokraten und Nationalsozialisten immer gespannt gewesen sei. Die Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Jungt habe er als eine gewisse Drohung aufgefaßt. Durch die Ausdrücke von Fehrman, wie „Redaktions-Synagoge“ und „Regierungs-Partrine“ sei die Stimmung immer gereizter geworden. Die Polizei sei erst bei Beginn der Schlägerei gerufen worden.

1. Bürgermeister Dr. Walli gab bei seiner Vernehmung eine Darstellung der Schlägerei. Er hat die Streitenden doch von der Schlägerei abzulassen, da ein solches Verhalten eine Schande für den Bürgerausschuß sei. Die Schlägerei hätte vielleicht vermieden werden können, wenn Trumpsheller nicht zu den Nationalsozialisten gegangen wäre. Die Verhandlung geht bei Redaktionsschluß mit der Zeugenvernehmung weiter.

Die Schlägerei im Bürgerausschuß

vor dem Mannheimer Schöffengericht

Vorsitzender Amtsgerichtsdirektor Dr. Ley, Weibeler Amtsgerichtsrat Schmidt, Vertreter der Anklage Staatsanwalt Dr. Weiß

Die Plädoyers

Am Samstag morgen begann die Verhandlung mit dem Plädoyer des Staatsanwalts Dr. Weiß. Er bezeichnete es als bedauerlich, daß man sich in einer parlamentarischen Vertretung zu solchen Handlungen hinreißen lasse, wie es im Bürgerausschuß vom 19. Januar geschehen sei. Die Erinnerung an die Feier des Hambacher Festes in der Pfalz mache es umso schmerzlicher, diese Vorfälle zu behandeln, wenn man daran denke, daß sich die Männer von 1832 heute mit Grausen, Entsetzen und Erschrecken von dem Verhalten der Gewählten wenden würden. Wenn man das Verhalten der Nationalsozialisten im Bürgerausschuß genauer betrachte, müsse man zu dem Schluß kommen, daß diese Auseinandersetzung kommen mußte. Bevor die Schlägerei anfing, sei die Stimmung schon sehr gereizt gewesen durch die gegenseitigen Schimpfereien. Wenn die Nationalsozialisten vom Oberbürgermeister etwas schärfer als die anderen Parteien angefaßt wurden, so sei das durch ihr ganzes Verhalten bedingt gewesen. Die Reden von Fehrman und Jüngst hätten die gereizte Stimmung noch verschärft.

Die Haltung von Trumpfheller ließe darauf schließen, daß bei den Sozialdemokraten Angriffsstimmung geherrscht habe. Fehrman habe auf alle Fälle stark provoziert. Wenn Trumpfheller auf dem Platz geblieben wäre, hätte sich die ganze Schlägerei nicht entwickeln können.

Der Staatsanwalt ging dann ausführlich auf die Vorgänge ein. Hettinger, der den ersten gefährlichen Schlag erhielt, habe dann durch seine Angriffe die zweite Schlägereientfacht und unmenslich dazwischen geschlagen. Weibeler habe den ersten gefährlichen Schlag geführt. Diese beiden Angeklagten seien mit Gefängnis zu bestrafen, bei sämtlichen übrigen Angeklagten sei eine Geldstrafe am Platz.

Sein Antrag lautete: Bei Hettinger und Weibeler auf je 8 Wochen Gefängnis und bei sämtlichen anderen Angeklagten auf eine Geldstrafe von je 100 Mark.

Die Plädoyers der Verteidiger eröffnete Rechtsanwalt Oppenheimer. Er ging auf das Verhalten der Nationalsozialisten im allge-

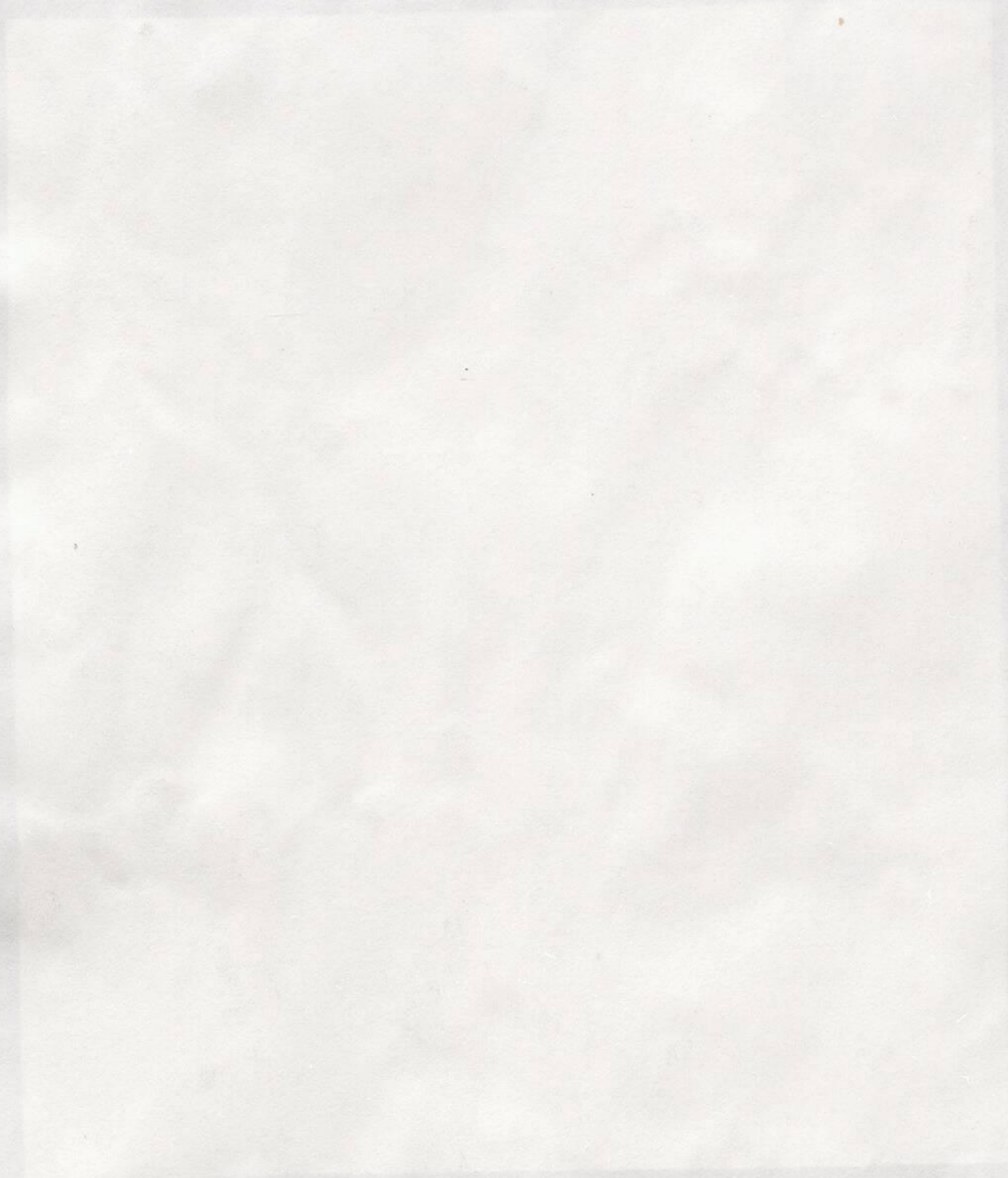
meinen ein und behandelte dann die Vorgänge im Bürgerausschuß selbst. Die Polizei habe bis jetzt noch nie zur Räumung des Saales selbst geholt werden müssen. Erst durch das Verhalten der Nationalsozialisten dem Oberbürgermeister gegenüber sei die gereizte Stimmung entstanden. Trumpfheller habe sich keiner Körperverletzung schuldig gemacht. Es sei auch unverständlich, daß man für Hettinger, der 6 Wochen krank war, die gleiche Strafe wie für Weibeler beantragen könne. Hettinger habe aus Notwehr gehandelt, wenn er schon bestraft werden müsse, so sei eine kleine Geldstrafe am Platz. Die anderen Angeklagten seien freizusprechen.

Rechtsanwalt Wagner-Ludwigshafen schloß sich im großen und ganzen den Ausführungen von Rechtsanwalt Oppenheimer an. Auch er setzte sich mit den Nationalsozialisten auseinander. Sie seien an den ganzen Vorgängen schuld gewesen. Rechtsanwalt Wagner vertrat auch gleichzeitig die Nebenklage Hettinger gegen Weibeler und Weinbrecht gegen Schmidt. In beiden Fällen stellte er die Strafe in das Ermessen des Gerichts. Er plädierte auf Freisprechung der sozialdemokratischen Angeklagten.

Nach einer kurzen Pause nahm Rechtsanwalt F. L. Maler für die nationalsozialistischen Angeklagten das Wort. Bei Redaktionsluß dauerten die Plädoyers der Verteidiger noch an.

Schwurgericht Mannheim

Die zweite Tagung des Schwurgerichts Mannheim im Jahre 1932 beginnt am Montag, 30. Mai, vormittags 9 Uhr, mit der Klagesache gegen Julius Axehrand aus Karlsruhe wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz. Vorsitzender des Gerichts ist Landgerichtsdirektor Meißel und Vertreter der Anklage Oberstaatsanwalt Brettle. Nachmittags 4 Uhr beginnt die Verhandlung gegen Herbert Gassert aus Mannheim-Neckarau wegen Meineids, wobei Erster Staatsanwalt Dr. Bender die Anklage vertritt. Am Dienstag vorm. 9 Uhr wird gegen Heinrich Stamm aus Landenbach wegen Meineids verhandelt. Vorsitzender des Gerichts ist Landgerichtsrat Dr. Arnold, Vertreter der Anklage Erster Staatsanwalt Dr. Bender.



Die Schlägerei im Bürgerausschuß

vor dem Mannheimer Schöffengericht

Vorsitzender Amtsgerichtsdirektor Dr. Reiz, Vorsitzender Amtsgerichtsrat Schmitz, Vertreter der Anklage Staatsanwalt Dr. Weiß

Von der Vormittags-Sitzung am Freitag ist noch nachzutragen, daß bei der Vernehmung der Angeklagten nach dem Stadtverordneten Fehrman (NSDAP.) Stadtrat Gräber (SPD.) vernommen wurde. Er bestätigte im allgemeinen die Angaben von Trumpfheller und Hettinger. Er sah, daß Geibel über die Schulter von Fehrman hinweg den Schlag nach Hettinger führte. Gräber war zuerst der Ansicht, daß Hettinger gestochen worden sei. In diesem Augenblick setzte die Schlägerei erst richtig ein. Gräber selbst wurde geschlagen und schlug auch wieder zurück. Die ganze Schlägerei sei durch die dauernden Provokationen von Dr. Drth und Fehrman verursacht worden. Besonders empört seien die Sozialdemokraten gewesen, daß Fehrman, der doch während des Weltkriegs auf russischer Seite gegen Deutschland gekämpft habe, deutsche Kriegsteilnehmer so schwer beschimpfte. Stadtrat Stalf sei von seinen Parteigenossen aus dem Saale geführt worden. Noch vor Verlassen des Saales habe er versucht, sich auf Gräber zu stürzen, er konnte aber von seinen Parteigenossen zurückgehalten werden.

Stadtverordneter Geibel (NSDAP.) will gesehen haben, daß Stadtverordneter Hettinger zuerst geschlagen habe. Später habe Hettinger versucht, ihn am Halse zu packen. Er sei zu Boden gestürzt und schwer geschlagen worden. Trumpfheller habe, als er (Geibel) am Boden lag, nach ihm getreten.

Die weiteren Angeklagten Fischer (SPD.), Stalf (NSDAP.), Weinbrecht (SPD.), Runzel (NSDAP.), Matzel (SPD.) und Schmitt (NSDAP.) ergänzen die Aussagen ihrer Parteigenossen. Fischer will gesehen haben, daß Stalf versuchte, mit einem Stuhl zu schlagen, er habe deshalb auch einen Stuhl ergriffen. Stalf sagte aus, daß Dr. Firscher bei den Sozialdemokraten auf den Tisch gekommen und gerufen habe: „Das laßt ihr euch gefallen?“ Trumpfheller habe von vornherein eine drohende Haltung eingenommen. Weinbrecht erhielt eine Verletzung am Auge, die wahrscheinlich von einem Schlagring herührte. Er setzte sich am Schluß mit Fehrman wegen seiner Vergangenheit auseinander.

Die Zeugenvernehmung

begann, wie bereits berichtet, am Vormittag mit der Vernehmung des Oberbürgermeisters Dr. Heimerich. Rechtsanwalt F. L. Maier beantragte Oberbürgermeister Dr. Heimerich nicht zu verurteilen, da er im Verdacht stehe, an den Vorgängen beteiligt zu sein. Dr. Heimerich wurde dann verurteilt. Er ging kurz auf die bekanntesten Vorgänge ein, die zu den Ausschreitungen geführt haben. Man könne drei Episoden unterscheiden: 1. Die Schwierigkeiten vor der Abstimmung und die Ausweisung des Dr. Drth (NSDAP.). 2. Die Handhabung der Geschäftsordnung durch den Oberbürgermeister und die Verletzung oder Nichtberechtigung der Erteilung von Ordnungsrufen. 3. Die Ausführungen des Stadtverordneten Jüngst (SPD.), die man als Drohung auffassen konnte, und die Schimpfereien des Stadtverordneten Fehrman.

Erst als die Schlägerei anfang, habe er nach der Polizei rufen lassen. Eine Besprechung mit der sozialdemokratischen Fraktion über die Behandlung der Nationalsozialisten habe nicht stattgefunden.

In der Folge trat dann ein kleiner Bürgerausschuß auf. Fast alle namhaften Persönlichkeiten des Bürgerausschusses erschienen als Zeugen. Die Aussagen von Bürgermeister Dr. Walli sind bereits veröffentlicht. Amtsrat Kleemann bemerkte gleichfalls, daß man die Bemerkung des Stadtverordneten Jüngst als Bedrohung auffassen mußte. Trumpfheller sei auf die Nationalsozialisten mit erhobener Hand zugegangen und habe mit dem Finger gedroht. Wer zuerst geschlagen habe, konnte der Zeuge nicht sagen. Geibel sei auf den Stadtratstisch gestiegen. Die beiden Stenographen des Bürgerausschusses konnten keine wesentlichen Angaben machen.

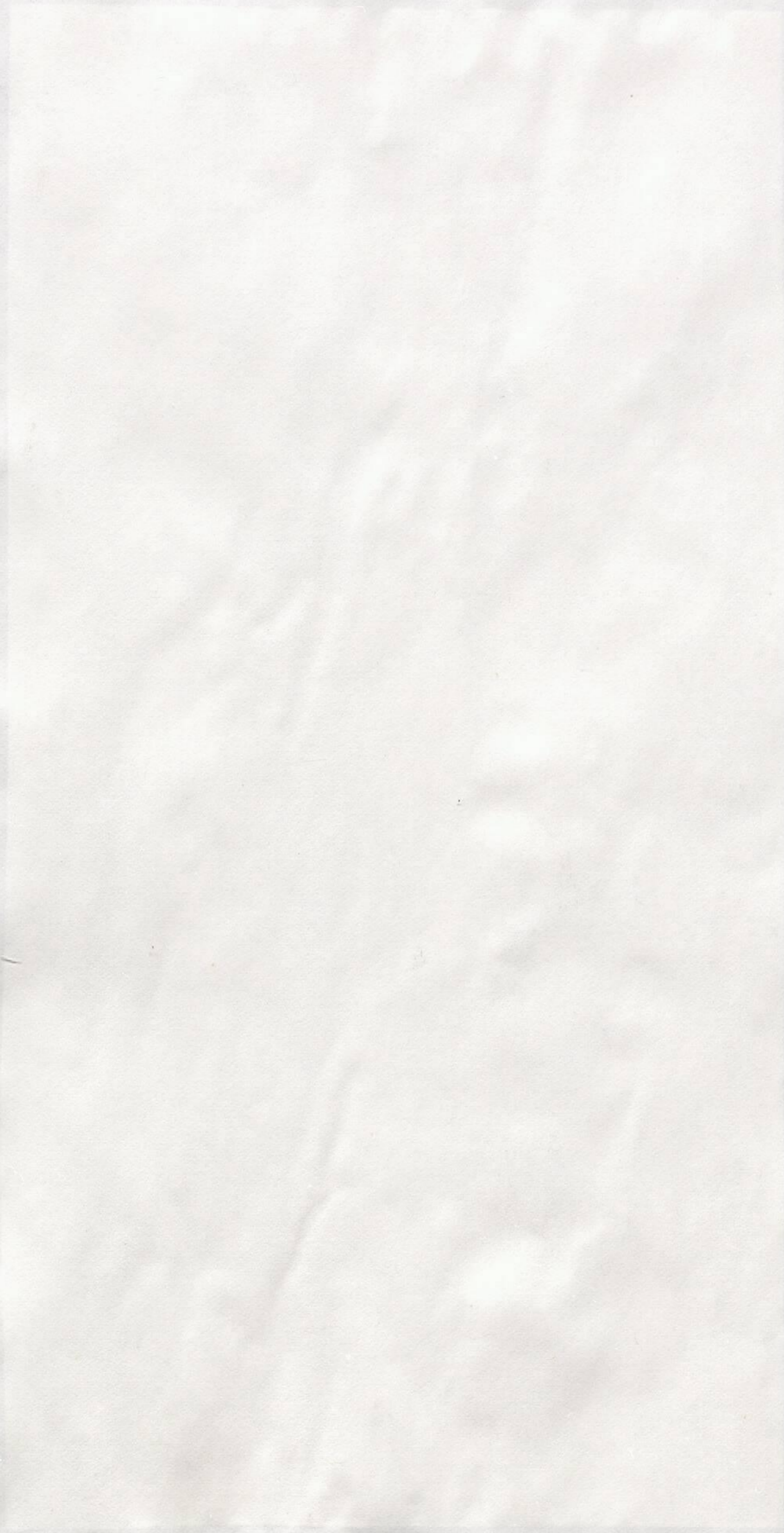
Beigeordneter Dr. Zeller sagte aus, nie die Äußerung getan zu haben, daß Trumpfheller zuerst schlug. In dem Augenblick, als Trumpfheller zu den Nationalsozialisten ging, habe er den Eindruck gehabt, daß die Sache jetzt ernst werde. Jetzt wurde die Polizei gerufen. Als der Zeuge wieder von seinem Zimmer zurückkam, war alles erledigt. Rektor Dads (DVP.) konnte feststellen, daß Trumpfheller zuerst zu den Nationalsozialisten hinübergewandert ist. Das Verhalten der Nationalsozialisten habe die Sozialdemokraten zu ihrem Vorgehen gereizt. Es habe sich alles so rasch abgespielt, daß er nicht genau sehen konnte, wer geschlagen habe.

Stadtverordneter Dr. Mäkel (Str.) war der Ansicht, daß der Schlag nach Hettinger das Signal zur allgemeinen Schlägerei gewesen sei. Die Haltung der Nationalsozialisten sei provozierend gewesen; wenn die Sozialdemokraten weggeblieben wären, hätte die Schlägerei nicht entziehen können. Auf Frage der Verteidigung war der Zeuge der Ansicht, daß der Oberbürgermeister die Nationalsozialisten wegen ihres Verhaltens härter als die Sozialdemokraten angefaßt habe. Der Oberbürgermeister legte Wert auf die Feststellung, daß er durch das Verhalten der Nationalsozialisten während der Sitzung zu einem schärferen Vorgehen gezwungen gewesen wäre. Die Sozialdemokraten hätten sich zurückhaltender benommen. Auch sie hätten, wenn es nötig gewesen sei, Ordnungsrufe erhalten.

Die Nachmittags-Sitzung

brachte die Fortsetzung der Zeugenvernehmung. Stadtrat Schneider (D.P.) war der Ansicht, daß durch das Verhalten der Nationalsozialisten die Stimmung gereizt gewesen sei. Dr. Firscher habe auf den Tisch geschlagen. Durch die Ausweisungen von Nationalsozialisten aus dem Sitzungssaal sei bei den Nationalsozialisten die Stimmung besonders gereizt gewesen. Die Ursache der ganzen Schlägerei sei der Stoß mit der Faust gegen Trumpfheller gewesen. 18 weitere Zeugen wurden dann noch bis in die späten Abendstunden vernommen. Die Darstellungen der Zeugen richtete sich jeweils nach ihrer Parteizugehörigkeit. Auf Antrag der Verteidigungen blieben verschiedene Zeugen unvernommen. Stadtverordneter Jüngst (SPD.) will mit seiner Bemerkung von Erziehungsmaßnahmen lediglich eine Mahnung, aber keine Drohung ausgesprochen haben. Der Nationalsozialist Lbbe will von Weinbrecht (SPD.) gewürgt worden sein, nur durch heftigste Gegenwehr habe er sich aus der Umklammerung befreien können. Er habe Verletzungen an der Nase und am Auge erlitten. Stadtverordneter Dr. Firscher gab zu, auf den Tisch geschlagen zu haben. Er habe zu seinen Fraktionsgenossen lediglich gesagt: „das lassen wir uns nicht mehr gefallen“. Eine Besprechung mit dem Oberbürgermeister wegen der Geschäftsordnung habe nicht stattgefunden. Der Stadtverordnete Seufert (NSDAP.), der an diesen beiden Tagen zum ersten Mal an einer Bürgerausschusssitzung teilnahm, bekam gleich, wie er selbst meinte, den besten Eindruck. Er habe sich um die ganze Sache nicht mehr gekümmert. Zwei junge Leute (Anhänger der SPD.) wollen mit Bestimmtheit gesehen haben, daß Stadtverordneter Geibel (NSDAP.) den Schlag gegen Hettinger geführt habe, der die Verletzung unter dem linken Auge herbeiführte. Verschiedene andere Zeugen führen den ganzen Streit auf das Verhalten der Sozialdemokraten zurück, die sich zu den Plätzen der Nationalsozialisten begeben haben. Die Aussagen des Stadtrats Dr. Perrey wurden kurz verlesen. Er war der Ansicht, daß der ganze Streit zu vermeiden gewesen wäre, wenn die Sozialdemokraten ihre Plätze nicht verlassen hätten.

Heute vormittag folgen die Plädoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger. Das Urteil ist vielleicht in den frühen Nachmittagsstunden zu erwarten.



Die Schlägerei im Bürgerausschuß

Das Urteil: 100 - 40 Mark Geldstrafen - 5 Angeklagte freigesprochen

Vorsitzender Amtsgerichtsdirektor Dr. Ley, Beisitz er Amtsgerichtsrat Schmidt, Vertreter der Anklage Staatsanwalt Dr. Weib

Nach zweitägiger Verhandlungsdauer - am Samstag nachmittag sprachen noch die Verteidiger der Nationalsozialisten F. L. Mater, Dr. Danielsch, Dr. Grossart und der Angeklagte Jehrmann - fand der Prozeß wegen der Schlägereien im Mannheimer Bürgerausschuß am 19. Januar gegen 12 Angeklagte seinen Abschluß. Die Geschwisse im Bürgerausschuß widelten sich weit schneller ab als die Verhandlung vor Gericht. Wohlthuend war die Ruhe und Sachlichkeit, mit der alle Beteiligten arbeiteten. Es ist selbstverständlich, daß das politische Moment im Vordergrund der Verhandlungen stand. Politisch waren die Angeklagten, die Zeugen und die Verteidiger eingestellt. Der Vorsitzende verstand es von vornherein, das statutorische, das solche Prozesse nur zu leicht mit sich bringen, durch taktisch kluges Verhalten zu unterbinden. Selten hat sich ein politischer Prozeß so reibungslos abgewickelt wie dieser, obwohl doch gerade hier Konfliktsstoff genügend vorhanden war.

Von allen Seiten wurde das Bedauerliche der Vorkommnisse hervorgehoben. In der Begründung versuchte dann der Vorsitzende noch einmal einen kritischen Ueberblick über das Ganze zu geben.

Das Urteil

Wegen erschwerter Körperverletzung werden zu folgenden Geldstrafen verurteilt: Weibel zu 100 M, Gräber zu 80 M, Hettlinger zu 70 M, Trumppheller zu 50 M, Fischer zu 40 M und Weinbrecht zu 40 M. Wegen Körperverletzung erhielt Schmidt eine Geldstrafe von 40 M. Die Angeklagten Weibel, Stalf, Jehrmann, Runkel und Rother werden von der erhobenen Anklage freigesprochen.

Die Urteilsbegründung

durch den Vorsitzenden, Amtsgerichtsdirektor Dr. Ley, wurde mit einem Dank an alle Beteiligten für ihr musterhaftes Verhalten während der ganzen Verhandlungsdauer eingeleitet. Die Notwehr mußte verneint werden, da das ganze Verhalten darauf schließen lasse, daß in keinem Falle Notwehr vorgelegen habe. Bei Weibel sei erwiesen, daß er Hettlinger durch einen Schlag mit einem Bleistift am linken Auge verletzt habe. Hettlinger habe trotz seiner stark blutenden Verletzung erneut auf die Nationalsozialisten eingeschlagen. Gräber habe selbst angegeben, daß er geschlagen worden sei und selbst geschlagen habe. Trumppheller habe auf Stalf und Durin eingeschlagen, wie die Zeugenaussagen ergeben hätten. Fischer schlug, wie er selbst angab, auf Stalf ein. Weinbrecht habe Löbe am Hals gefaßt und Schmidt habe auf Weinbrecht

eingeschlagen. Bei diesen Angeklagten stehe die Körperverletzung fest.

Bei Weibel sei es fraglich gewesen, wie weit er sich an der Schlägerei beteiligt habe. Der Vorfall der Körperverletzung war bei ihm zu verneinen. Stalf, der durch die Schlägerei stark mitgenommen worden sei, mußte freigesprochen werden, da er sich keiner Körperverletzung schuldig gemacht habe.

Bei Jehrmann sei es bedauerlich, daß er freigesprochen werden müsse.

da er der intellektuelle Urheber der Keilerei gewesen sei und durch keine maßlosen Schimpereien die andere Seite sehr stark gereizt habe. - Ueber die Beleidigungen habe ein anderer Prozeß zu entscheiden. - Rother und Runkel haben erwiesenermaßen nicht geschlagen.

Bei Betrachtung der Schuldfrage müsse man berücksichtigen, daß beide Parteien sehr stark gereizt waren. Die Sozialdemokraten mit Recht wegen der schweren Beschimpfungen durch die Nationalsozialisten, diese mit Recht durch die Beleidigungen der Sozialdemokraten und mit Unrecht, nach Ansicht des Gerichts, durch ihr ganzes Verhalten. Der Oberbürgermeister habe die Tagesordnung geändert, weil er den einfacheren Punkt der größeren Debatte, die bei der Behandlung der Schlachthofgebühren zu erwarten war, vorziehen wollte. Gegen diese Aenderung sei nichts einzuwenden gewesen. Die Nationalsozialisten hätten sich durch das Verhalten des Oberbürgermeisters beschwert gefühlt. Der Oberbürgermeister habe die Rügen und Ordnungsrufe nach allen Seiten gleichmäßig verteilt. Die Nationalsozialisten könnten aber durch ihr Verhalten einen Verhandlungsführer, gleich welcher Partei er angehöre, zur Verzweiflung bringen. Sie hätten zur Hochspannung im Bürgerausschuß sehr viel beigetragen.

Die Sozialdemokraten hätten berücksichtigen müssen, daß die jüngeren Leute der Nationalsozialisten ganz anders ins Zeug gehen als erfahrene Politiker.

Ein Großteil der ganzen Vorkommnisse beruhe auf Mißverständnissen.

Trumppheller müsse man zugute halten, daß er es am Anfang, als er zu den Nationalsozialisten ging, durchaus gut gemeint habe. Trotzdem müsse man das Gefühl haben, daß es falsch war. Wäre er weggeblieben, so hätte vielleicht die Keilerei verhindert werden können. Die Nationalsozialisten hätten das Kommen von Trumppheller falsch aufgefaßt und seien ausgestanden in der Annahme, es gelte einen Angriff abzuwehren. Dies sei auf mangelnde politische Erfahrung zurückzuführen. Das Aufspringen wurde dann wieder von den Sozialdemokraten falsch gedeutet. Das Zurück-

drängen von Trumppheller sei als Schlag aufgefaßt worden. Aus geringfügigen Ursachen seien dann die unschönen Szenen entstanden.

Wer zuerst geschlagen habe müsse als ungeklärt erachtet werden.

Der Vorsitzende schloß seine Begründung mit folgenden Worten: „Wenn die Verhandlung dazu beitragen würde, daß das grenzenlose Mißtrauen und die unberechtigte gereizte Stimmung beseitigt werden könnten, dann wäre sicher dem Bürgerausschuß viel gedient. Dieser Gedanke der Veröhnlichkeit komme auch in dem milden Urteil zum Ausdruck.“

Damit hatte die erste Schlägerei im Bürgerausschuß, die hoffentlich die erste und letzte bleiben wird, ihren Abschluß gefunden. Es ist bedauerlich, daß man sich im Bürgerausschuß, der doch dazu da ist, sachliche Arbeit zu leisten und die Interessen der Einwohnererschaft zu vertreten, so hemmungslos zu Schlägereien hinreißten ließ. Hoffentlich haben nicht nur die Beteiligten, sondern auch alle Anderen, die im Bürgerausschuß tätig sind, aus dem Verlauf des Prozesses das eine gelernt, den Gegner auch dann zu achten, wenn er eine andere Ansicht und vor allem eine andere Weltanschauung hat. / -u-

